

Sudetenpost



Erscheinungsort Linz
Verlagspostamt 4010 Linz
Einzelpreis S 2 50

P. b. b.

Offizielles Organ der Sudetendeutschen Landsmannschaft in Österreich (SLÖ)

Folge 15/16

Wien-Linz, 10. August 1973

19. Jahrgang

Angst vor dem Reiseverkehr

VON WOLFGANG SPERNER

Der Friede kann nie einseitig sein

Politische Aussagen von Präsident Stingl und Czaja

Eine Reihe prominenter Aussagen brachte der 17. Bundeskongreß der „Ackermann-Gemeinde“, der zwischen 1. und 5. August 1973 in Anwesenheit zahlreicher prominenter Gäste in Regensburg abgehalten wurde. Im Zusammenhang mit der Parapherung des deutsch-tschechoslowakischen Abkommens erklärte Präsident Stingl, daß die Ackermann-Gemeinde voll hinter der Resolution des Sudetendeutschen Rates stehe, an der sie auch mitgewirkt habe. Sie wisse jedoch auch das Wirken der deutschen Unterhändler zu würdigen, die darauf verwiesen haben, daß die ursprüngliche tschechische Forderung, die Nichtigkeit des Münchner Abkommens von Anfang an, nicht im Vertragstext aufscheine. Besonders wichtig erscheint allerdings der noch nicht fertiggestellte Briefwechsel über humanitäre Angelegenheiten. Dieser dürfe sich keineswegs nur mit einer möglichen Aussiedlung befassen, sondern müsse auch das Schicksal der in der Tschechoslowakei verbliebenen und verbleibenden Deutschen befassen und ihnen Erleichterungen ermöglichen. Erstmals seien in den deutsch-tschechischen Vertrag moralische Begriffe einbezogen worden. Es berühre jedoch merkwürdig, daß die Androhung von Gewalt als unmoralisch angeprangert wird, nicht jedoch die Gewalt selbst. Eingehend auf die politische Situation in der Bundesrepublik, warnte Stingl vor Anzeichen autoritären Denkens und Handelns, stellte aber auch die Frage, wie weit wir selbst Schuld seien. Wir haben dabei — erklärte Stingl — den Fehler begangen, daß wir auf Grund der entsetzlichen Erfahrungen vergangener Jahrzehnte geglaubt haben, daß auch kommende Generationen von einem Totalitarismus geheilt seien. Aber solche Erfahrungen könnten offensichtlich nicht weitergegeben werden.

Eine bemerkenswerte Stellungnahme gab auch der Präsident des Bundes der Vertriebenen, das Mitglied des Bundestages, Czaja ab. Er dankte dem Land und der Regierung von Bayern, daß sie den unpopulären Weg zum Verfassungsgerichtshof gegangen seien. Dr. Czaja dankte aber auch den Verfassungsrichtern für die Begründung ihres Urteils, mit dem sie mehr Mut bewiesen hätten, als viele Politiker.

In seinem Schlußwort sagte Präsident Stingl, die Ackermann-Gemeinde habe sich von Anfang an für eine Versöhnung zwischen den Völkern, besonders zwischen Tschechen und Deutschen eingesetzt. Eine wahrhafte Versöhnung zwischen den Völkern könne aber nur entstehen, wenn man beiderseits Vergebung erbittet und gewährt. Auch der Friede könne nie eine einseitige Angelegenheit sein. (Weiterer Bericht auf Seite 7)

Dr. Götz Präsident

Der Sudetendeutsche Rat wählte den Vorsitzenden der Union der Vertriebenen und Flüchtlinge in der CDU/CSU-Ost- und Mitteldeutsche Vereinigung, Dr. Hermann Götz MdB, zu seinem neuen Präsidenten. Götz ist damit anstelle des Mitbegründers und früheren Präsidialmitgliedes Hans Schütz getreten. Neu gewählt wurde auch Jörg Kudlich, wiedergewählt Almar Reitzner.

Härteregelung

Finanzminister Androsch teilte laut Austria-Pressagentur mit, daß die Arbeiten zur Erstellung eines Konzeptes für offene Entschädigungsfragen gut vorangehen. Es sei zu erwarten, daß im Verlauf von zwölf Monaten eine Härteregelung für jene Personen erstellt werden kann, die sich in einer schwierigen sozialen Lage befinden. Im Interesse der Älteren kann eine Regelung nie früh genug erfolgen.

Kampf gegen die Kirche

Aus dem jetzt vorliegenden Wortlaut der Rede, die Parteisekretär Jan Fojtik auf der Tagung des ZK der tschechoslowakischen KP gehalten hat, ist zu entnehmen, daß der Kampf gegen die Kirche in Zukunft verschärft weitergeführt werden wird. In dieser Rede hat Fojtik, der im ZK für Schul- und Erziehungsfragen zuständig ist, dem jüngst eingeführten Bürgerkundeunterricht besondere Bedeutung beigemessen, vor allem für die „Formung der materialistisch-wissenschaftlichen Anschauung und der atheistischen Beurteilung der Vorgänge“. (Dazu auch Bericht auf Seite 4.)

Unterschlagungen aufgedeckt

Wie die „Prager Volkszeitung“ berichtet, wurden in Nordböhmen umfangreiche Unterschlagungen aufgedeckt, der Gesamtschaden beträgt 9,5 Millionen Tschechenkronen. So wurden in Brüx bei einem Keramik-Nationalbetrieb bei Papiersäcken, die für die Lieferung von gemahlener Silikatrohstoffen verwendet werden, in der Zeit zwischen Oktober 1968 und Ende 1972 durch falsch verrechnete Preise 2,5 Millionen Kronen unterschlagen. Im Nationalbetrieb „Landwirtschaftliche Bauten“ in Aussig entstand durch falsch fakturierte Zuschläge ein Schaden von 719.000 Kronen und der Betrieb „Ingenieur- und Industriebauten“ in Bilin erschwindelte sich 1,5 Millionen Kronen durch Fälschung der Transportkosten. Die unberechtigt erworbenen Mittel müssen die betreffenden Betriebe in den Staatsvoranschlag abliefern. Außerdem wurde ihnen eine Strafe in der Höhe von 50 Prozent dieser Mittel auferlegt.

Sudetenfrage noch ungelöst

Sudetendeutsche Gremien legten Rechtsverwahrung ein

Am 14. Juli 1973 billigte die Bundesversammlung der Sudetendeutschen Landsmannschaft eine Erklärung des Sudetendeutschen Rates zum „Vertrag über die gegenseitigen Beziehungen

zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik“. Die beiden sudetendeutschen Gremien, die am gleichen Tage zusammengetreten waren, legten damit gegen den Vertrag, soweit er „Gefahren für die Rechtspositionen der Sudetendeutschen und aller Deutschen begründet und die noch ungelösten Probleme der fortbestehenden Sudetenfrage übergeht“, Rechtsverwahrung ein.

Die Vertreter der SPD und der FDP enthielten sich im Sudetendeutschen Rat der Stimme, ohne die Absicht, damit die einstimmig angenommene

Erklärung des Rates im Ganzen abzulehnen. Sie wollten nicht gegen die fundamentalen Rechte der sudetendeutschen Volksgruppe stimmen, andererseits aber die Stellungnahme der Bundesregierung zu einem Memorandum abwarten, das die sudetendeutsche Seite gemeinsam mit den Erklärungen der Bundesregierung übergeben wird. Das Memorandum wurde von dem Rechtsreferat der Sudetendeutschen Landsmannschaft im Zusammenhang mit einer Reihe namhafter Völkerrechtler erarbeitet und analysiert die Problematik, die in dem Vertragswerk nach Meinung der Sudetendeutschen einseitig oder falsch gelöst ist. (Näheres auf Seite 2.)

Einheitspreise

In Gaststätten der Tschechoslowakei gibt es ab Anfang Juli Einheitspreise für alle angebotenen Gerichte. Alle bisher bestehenden und der „unkontrollierten Entwicklung“ in der Dubček-Ära zugeschriebenen Preisunterschiede für gleiche Gerichte in verschiedenen Lokalen sind aufgehoben worden. Die jetzt erhobenen Einheitspreise entsprechen etwa dem Mittel der bisher geforderten Höchst- und Mindestpreise. Aufgehoben worden sind auch die sog. „Bedienungszuschläge!“

Wirtschaftssorgen in der CSSR

Im Gegensatz zu dem amtlichen Halbjahresbericht des Statistischen Zentralamtes über die Entwicklung der Volkswirtschaft, der ausschließlich über positive Entwicklungen berichtete, klagt der Leiter der Wirtschaftsabteilung des Prager Rundfunks Ing. L. Jirasek darüber, daß man in den Betrieben des Landes zur Zeit in sehr weitem Umfang noch mit längst abgeschriebenen Ausrüstungen arbeite, mit denen nur eine ineffektive Arbeit nach überholten Technologien möglich sei. Aus diesem Grunde werde in der Tschechoslowakei noch ein viel zu hoher Anteil an Arbeit, Material, Zeit und Kosten eingesetzt, die alle insgesamt zu einer Unwirtschaftlichkeit führen. Ohne eine rasche Liquidierung dieser veralteten Einrichtungen werde es in absehbarer Zeit gar nicht möglich sein, eine höhere Arbeitsproduktivität zu erreichen und bessere Erzeugnisse anzubieten. Vor allem auf dem Gebiet der Elektronik müsse ganz Entscheidendes unternommen werden. „Sonst werden wir notgedrungen mit unseren Erzeugnissen den Wettkampf mit den besseren und preisgünstigeren ausländischen Erzeugnissen verlieren, und dies auch auf den sozialistischen Märkten, auf denen sich in letzter Zeit selbst die bekanntesten westlichen Firmen mit einer Reihe von Neuentwicklungen geradezu schlagen.“



Das schöne Bild der Heimat...

Schon im 11. Jahrhundert wird Nikolsburg urkundlich erwähnt. Durch den Frieden von Nikolsburg fand 1866 der preußisch-österreichische Krieg sein Ende. Der Vertrag wurde auf dem Schloß des Fürsten Dietrichstein, einer ehemaligen, den Lichtensteins gehörenden Burganlage, unterzeichnet. Unser Bild ist dem hervorragenden Bildband „Das Sudetendeutschtum in Bildern“ entnommen, das in der Fides-Verlagsgesellschaft München erschienen ist und einen interessanten Überblick über Landschaft, Menschen, Kultur und Geschichte aus den Ländern Böhmen, Mähren und Schlesien bietet. Wir werden dieses Buch noch eingehend besprechen.

Die Folge 17

der „Sudetenpost“ erscheint mit dem Datum vom 7. September. Die Berichte und Verlautbarungen für diese Folge müssen bis allerlängstens 3. September in den Händen der Redaktion sein. Die Geschäftsstelle der „Sudetenpost“ ist ab dem 21. August wieder täglich (außer Samstag) besetzt.

Ausländern einen „gefährlichen politischen Akt“ dar. Ein freier Reiseverkehr werde von westlichen Kreisen mit der Absicht verknüpft, „auf diesem Wege das sozialistische System zu unterminieren“. Alle Hoffnungen bourgeois Kreise, über einen freien Personen- und Gedankenaustausch zum Ziele zu kommen, seien von vorneherein zum Scheitern verurteilt.

Da haben wir es: Der Stacheldrahtverhau an der Grenze der CSSR zum Westen und Süden, die Wachtürme und Menschenkontrollen genügen nicht, es soll auch ein geistiger Vorhang niedergehen. Kontakte mit Westbürgern sind etwas Bedenkliches!

Soll so jener „Frieden“ gefestigt werden, der nach außen hin mit dem Vertrag Bonn-Prag der Welt zum Schein vorgespiegelt wird? Sind Schikanen, Willkürakte und Mißtrauen die Grundlage, auf der Freunde miteinander verkehren? Nichts ist dem Menschen der freien Welt widerer, als wenn er in seiner Handlungsfreiheit eingeengt wird. Leider, wer es notwendig hat, Gäste und Reisende so zu behandeln, bei dem ist im eigenen Land etwas faul. Dessen Friedensworte muß man auch kritisch betrachten!

Wir sind dabei der festen Überzeugung, daß diese Politik der Abkapselung und des geistigen Eingrenzens ohne das tschechische Volk gemacht wird. Daß Politik und Volk hier zum Großteil nicht einer Meinung sind, davon konnten sich schon viele Westbürger überzeugen, die früher durch die Tschechoslowakei gereist sind und in den Tschechen weitestgehend hilfsbereite und aufgeschlossene Mitmenschen fanden, die überall dort „normal“ waren, wo sie so handeln konnten, wie es ihnen selbst richtig erschien.

Dokumente zur Tagespolitik

Erklärungen des Sudetendeutschen Rates und der Bundesversammlung

Für Prag sind die politischen Weichen derzeit gut gestellt: Das „Grün“-Signal für friedliche Koexistenz hat der weltgewandte, attraktive Außenminister Chnupek in Bonn wohl genützt, ihm folgte der amerikanische Außenminister Rogers, der bei seinem Prag-Besuch die Vorkehrungen für die Errichtung eines CSSR-Konsulates in Chikago, dem Hauptsitz der amerikanischen Tschechen, einleitete. Und nun kam auch der Generalsekretär der UNO, Dr. Waldheim nach Prag, wo man ihm „in Würdigung seiner aktiven Unterstützung der Politik des Friedens und der Zusammenarbeit“ die Goldene Ehrenmedaille der Karls-Universität verliehen hat. Im Herbst wird dann letztlich der westdeutsche Bundeskanzler Brandt auf dem Hradtschin eintreffen, um das zu besiegeln, was im Bonn-Prager Vertrag ausgehandelt wurde.

Die Friedens-Welle rollt also weiter, und sie scheint sogar die Einwände jener wegzuspülen, die angesichts verschärfter Touristenkontrollen und Schi-

Hohle Friedensworte in Prag

VON WOLFGANG SPERNER

kanen davor warnen, nur das diplomatisch-friedliche Gesicht tschechischer Politiker zu sehen. Daß es in Wirklichkeit — zumindest was die Haltung der Politiker betrifft — sehr deutliche Grenzen der „Zusammenarbeit“ gibt, stellte kürzlich das Zentralorgan der tschechischen KP, Rude Pravo, in einem Kommentar zur jüngsten Rede Breschnjews in Kiew fest. Im tschechischen KP-Organ hieß es nämlich, es sei eine Illusion, daß der Klassenkampf auf ideologischer Ebene zu Ende gehe und eine Zeit allgemeiner Entspannung einsetze. Friedliche Koexistenz, so belehrte „Rude Pravo“, bedeute nicht eine Versöhnung der Klassen. Der Wettstreit und die Rivalität der beiden Systeme bleibe auf der internationalen Ebene bestehen. Und es klingt geradezu barmherzig, wenn „Rude Pravo“ dann einschränkt, die Hauptrolle sei jetzt, daß dieser Prozeß der Rivalität der beiden Systeme nicht zu einem bewaffneten Zusammenstoß auswachse. „Rude Pravo“ will dann sogar ideologisch als die Chef-Ideologen sein, indem es in dem Artikel Moskau „erinnert“, daß die Westgrenze der Tschechoslowakei nicht nur eine geographische, sondern auch eine „Klassengrenze“ sei.

Jedoch, nicht nur in der Dubcek-Ära des Prager Frühlings, sondern auch heute noch kann der, der ins Volk hört, feststellen, daß das „ideologische Bollwerk“ Tschechoslowakei weitestgehend nur in den Wünschen und Vorstellungen der jetzigen Prager Führung existiert. Jeder Staat soll nach seiner Fassung selig werden.

Die Ideologie der jetzigen Prager Führung mag aus ihrem Blickwinkel heraus richtig und zweckmäßig erscheinen. Aber es ist doch ein offenes Geheimnis, daß hier wieder einmal Politik ohne das Volk gemacht wird.

Weshalb uns das als Außenstehende etwas schert?

Nicht weil wir uns anderer Leute Sorgen und Probleme aufhalsen wollen. Probleme haben wir selbst genug. Aber mit einer Politik, in der Abkapselung und Mißtrauen gegenüber den Kontakten von Mensch zu Mensch gepredigt wird, wird es nur sehr schwer sein, jenen Frieden und jene Zusammenarbeit zu verwirklichen, von der zur Unterzeichnung des Vertrages Bonn-Prag, und auch sonstwo, heute so gerne gesprochen wird.

Prag nennt es Fortschritt

Aber ein Flugzeugabsturz vereist die sommerliche Friedensluft

Die tschechoslowakische Regierung hat in einem Schreiben an UNO-Generalsekretär Kurt Waldheim von „Teilfortschritten“ in den Bemühungen um eine Verbesserung der Beziehungen zu Österreich gesprochen. In dem wenige Stunden nach der Ankunft Waldheims in Prag veröffentlichten Dokument bekräftigt die CSSR ihren Wunsch, zur Festigung der Sicherheit und des Friedens in der Welt beizutragen. Es wird darauf hingewiesen, daß die Tschechoslowakei im Verein mit den anderen kommunistischen Staaten sowie allen übrigen friedliebenden Ländern bereits bedeutsame Schritte in dieser Richtung getan habe.

In dem Schreiben, das eine Antwort auf den Appell Waldheims an alle UNO-Staaten darstellt, der Deklaration über die internationale Sicherheit entsprechende Taten folgen zu lassen, wird wörtlich festgestellt: „Wir betrachten die in

Der Sudetendeutsche Rat hat sich am 14. Juli 1973 in München mit dem am 20. Juni 1973 in Bonn paraphierten Text des „Vertrages über die gegenseitigen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik“ befaßt und dabei festgestellt, daß er ebenso wie der dazu gehörende Schriftwechsel in wesentlichen Teilen das Schicksal der aus ihrer Heimat vertriebenen Sudetendeutschen betrifft. Nach seiner Satzung ist der „Sudetendeutsche Rat“ legitimiert und verpflichtet eine Erklärung dazu abzugeben. Im Zeichen der Verantwortung gegenüber der Zukunft und der Achtung vor einer 800-jährigen Geschichte des von ihm vertretenen Volksteiles, nehmen wir deshalb wie folgt Stellung:

1. Die Bundesregierung schließt den genannten Vertrag nur für die Bundesrepublik Deutschland ab. Er gilt daher nicht für den Gesamtdeutschen Souverän und läßt die endgültige Regelung der sudetendeutschen Frage offen. Die im Artikel IV des Vertrages bekräftigte Unverletzlichkeit der Grenzen und die bekundete Achtung der territorialen Integrität schließt das Heimat- und Selbstbestimmungsrecht der Sudetendeutschen nicht aus. Dies ist ein unabhängig vom Münchner Abkommen des Jahres 1938 und von anderen Verträgen unabdingbares Menschenrecht. Es kann daher nicht preisgegeben werden.

2. In der Entschließung vom 14. Juli 1950 hat der Deutsche Bundestag gegen die zwischen der Regierung der Tschechoslowakischen Republik und der provisorischen Regierung der Deutschen Demokratischen Republik am 23. Juni 1950 veröffentlichte „Prager Erklärung“ Stellung genommen, in welcher die völkerrechtswidrige und unmenschliche Austreibung der Sudetendeutschen als „unabänderlich, gerecht und endgültig“ anerkannt wurde. Wir gehen davon aus, daß die Bundesregierung nach wie vor den damals bekundeten feierlichen Einspruch des Deutschen Bundestages gegen die Preisgabe des Heimatrechtes der in die Obhut der Bundesrepublik Deutschland gegebenen Deutschen aus der Tschechoslowakei beachtet und als gültig anerkennt.

3. Nach Überzeugung des Sudetendeutschen Rates darf der Vertrag die Auffassung nicht berühren, daß das Münchner Abkommen von 1938 gültig zustande gekommen ist und dadurch die sudetendeutschen Gebiete Bestandteil des Deutschen Reiches geworden sind.

4. Soweit der Vertrag Gefahren für die Rechtspositionen der Sudetendeutschen und aller Deutschen begründet und die noch ungelösten Probleme der fortbestehenden Sudetenfrage übergeht, legen wir gegen ihn Rechtsverwahrung ein.

5. Nach Auffassung des Sudetendeutschen Rates enthält die Präambel des Vertrages eine falsche Darstellung des geschichtlichen Ablaufes der Entwicklung der Sudetenfrage. Das Münchner Abkommen wurde nicht nur von dem nationalsozialistischen Regime, sondern auch von der Einsicht der englischen und französischen Vertragspartner in das den Sudetendeutschen 1918/1919 angetane Unrecht erzwungen.

6. Die Bundesregierung wird aufgefordert, klarzustellen, daß der Vertrag die Vertreibung der Sudetendeutschen weder legitimiert noch legalisiert.

7. Wir appellieren an die Bundesregierung, in dem vorgesehenen Briefwechsel über humanitäre Angelegenheiten nicht nur die Probleme der Familienzusammenführung verbindlich zu regeln, sondern für die rund hunderttausend in der CSSR zurückgebliebenen Deutschen Möglichkeiten der kulturellen und sozialen Hilfe sowie der freien Ausreise sicherzustellen.

8. Wir haben den aufrichtigen Wunsch, den aus dem Nationalismus des 19. Jahrhunderts stammenden deutsch-tschechischen Gegensatz zu überwinden. Seit dem im August 1950 in Wiesbaden mit dem Tschechischen Nationalausschuß geschlossenen Übereinkommen sind wir der

Überzeugung, daß dies nur auf der Basis gegenseitiger Wahrhaftigkeit und der Beachtung der Menschenrechte möglich ist.

9. Dem Sudetendeutschen Rat liegt ein Memorandum zu dem deutsch-tschechischen Vertrag vor. Er bittet die Bundesregierung dazu Stellung zu nehmen und ihm diese Stellungnahme noch vor der Unterzeichnung des Vertrages bekanntzugeben.

Die Erklärung der Bundesversammlung der Sudetendeutschen Landsmannschaft lautet wie folgt:

Die Bundesversammlung der Sudetendeutschen Landsmannschaft hat am 14. Juli 1973 den Text des am 20. Juni 1973 in Bonn paraphierten Vertrages über die gegenseitigen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der CSSR geprüft.

Sie nahm das Memorandum des Referates für rechtliche Grundsatzfragen des Bundesvorstandes vom 8. Juli 1973 zur Kenntnis und billigte die Stellungnahme des Sudetendeutschen Rates vom 14. Juli 1973 zu diesem Vertrag.

Die Bundesversammlung erklärt:

1. 1918/19, 1938/39, 1945/48 und 1968 versuchten die jeweiligen Machthaber, das politische Schicksal der im böhmisch-mährischen Raum rechtmäßig ansässigen Menschen zu entscheiden. Alle diese Versuche sind gescheitert. Sie mußten scheitern, weil den betroffenen Völkern und Volksgruppen die freie Mitwirkung versagt war.

2. Auch der 1973 geschlossene Vertrag zwischen Bonn und Prag entstand letztlich ohne die gleichzeitige freie Mitbestimmung der Sudetendeutschen und des tschechischen Volkes. Er widerspricht ihren Interessen und den universalen Prinzipien von Recht und Gerechtigkeit. Der Vertrag birgt auch die Gefahr in sich, die Vertreibung der Sudetendeutschen zu legalisieren und die Unfreiheit des tschechischen Volkes zu stabilisieren.

3. Beachtliche Einzelheiten des Vertragstextes wie doppeldeutige Formulierungen, völkerrechtliche Fragwürdigkeiten und geschichtliche Entstellungen sind von den zuständigen Fachleuten — nicht nur der Sudetendeutschen — bereits herausgestellt worden (siehe dazu das Memorandum des Bundesvorstandes vom 8. Juli 1973). Sie treten in ihrer politischen Bedeutung jedoch hinter der Hauptfrage zurück: Soll über das Schicksal des tschechischen Volkes und der Sudetendeutschen wiederum ohne ihre freie Mitwirkung entschieden werden?

4. Die Antwort ist klar: Die sudetendeutsche Volksgruppe und das tschechische Volk werden durch den Vertrag zwischen Bonn und Prag, über den die Geschichte hinweggehen wird, weder verpflichtet noch berechtigt. Beide in Böhmen, Mähren und Österr. — Schlesien behelmte Partner sind und bleiben in ihren Entschlüssen zur friedlichen Verwirklichung des Heimat- und Selbstbestimmungsrechtes ohne Rücksicht auf den Inhalt irgendwelcher ohne sie abgeschlossener Verträge völlig frei.

5. Die Sudetendeutsche Landsmannschaft wird als Volksgruppenorganisation die Interessen der Landsleute auch weiterhin mit dem Ziel vertreten, ihnen Gerechtigkeit widerfahren zu lassen und den Ausgleich mit dem tschechischen Volke auf der Grundlage des Rechtes herbeizuführen. Wir erwarten, daß alle freiheitlich denkenden Menschen das Heimat- und Selbstbestimmungsrecht der Sudetendeutschen weiterhin genauso vertreten, wie die Sudetendeutschen für Freiheit und Recht aller Völker einstehen.

„Nichtig, als hätte es nie existiert“
Stellungnahmen im ZK der KPC zum Münchner Abkommen

In der Sitzung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei nahmen am 3./4. Juli 1973 in Prag die Spitzenpolitiker der tschechoslowakischen Kommunisten zu dem am 20. Juni 1973 in Bonn paraphierten

Text des „Vertrages über die gegenseitigen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik“ Stellung.

Sie legten seine Formulierungen über das Münchner Abkommen im Sinne von dessen „Ungültigkeit von Anfang an“ aus und unterstrichen die Gültigkeit der tschechoslowakischen Auffassung, die Grenzgebiete der Tschechoslowakei — also die sudetendeutschen Gebiete — hätten niemals rechtlich zum Deutschen Reich gehört.

Damit wurde vor dem politischen und staatlichen Machtzentrum der CSSR eine Interpretation des in Bonn paraphierten Vertragswerkes ausgesprochen, welche von der ex tunc-Formel ausgeht und als Erfolg der gemeinsamen Bemühungen der Staaten des Sowjet-Blockes gepriesen wird.

Aus dem Schlußwort des Genossen Husák, Generalsekretär des ZK der KPC, bei dessen Tagung am 3./4. Juli 1973 in Prag:

„Über die positiven Resultate in der Außenpolitik, über die Erfolge der Friedenspolitik der Sowjetunion, über die Ergebnisse des koordinierten Vorgehens der sozialistischen Länder, welches sich ausdrucksvoll besonders in der letzten Zeit manifestierte, sprachen die Genossen Bilak, Strougal und weitere Genossen. Es sind — von einem Blickpunkt vor zwei oder drei Jahren her gesehen — fast unerhörte Erfolge, die zu erreichen gelungen ist und die, wie wir voraussetzen, sich weiter entwickeln werden. Natürlich wird

Achtung! Treffpunkt Wien: Kongreß junger Sudetendeutscher 2.—4. November 1973. Für Landsleute von 16—50 Jahre! Näheres siehe Jugendspalte!

die Entwicklung nicht gradlinig, ohne Widersprüche, sein. Wir sprachen auch über die Paraphierung des Vertrages mit der Deutschen Bundesrepublik. Wenn wir überlegen, daß es im Herbst 35 Jahre seit dem schändlichen Münchner Diktat gegenüber dem tschechoslowakischen Staat sein werden, durch welches ein schwerer Leidensweg des tschechischen und slowakischen Volkes begonnen hat, und daß diese Frage so viele Jahre lang offen und unlösbar war, so ist es wirklich ein großer Erfolg, wenn es gelungen ist, diese Frage durch eine Annullierung Münchens zu lösen und dadurch die Bedingungen für die Entwicklung normaler Beziehungen zu der Deutschen Bundesrepublik zu schaffen. Es ist auch ein Ergebnis des solidarischen Vorgehens der sozialistischen Länder und der großen Unterstützung seitens der Sowjetunion. In diesem Kurs des XIV. Kongresses der KPC werden wir auch weiterhin fortfahren. Nicht nur, daß wir ihn als prinzipiell richtig betrachten, er brachte auch sehr positive Resultate, von denen sich jeder heute überzeugt. In jedem Falle eröffnen diese Politik und ihre Ergebnisse unserem Volk einen weiteren Raum für eine ruhige, schöpferische Arbeit, für innere Sicherheit und Stabilität.“
Rudé Právo, 12. Juli 1973

Genosse Lubomir Strougal (Ministerpräsident der CSSR und Präsidialmitglied der ZK der KPC). Aus der Diskussion bei der Tagung des ZK der KPC:

„Obwohl wir bei den Verhandlungen mit der BRD auf einige Kompromisse eingehen mußten, entsprechen die Gesamtergebnisse den Zielen, die wir uns vorgenommen hatten. Wir haben die Anerkennung der Nullität des Münchner Abkommens und auch seiner ausdrucksvollen moralisch-politischen Verurteilung erreicht. Wir haben keine Formulierung zugelassen, aus der man, sei es auch indirekt, eine rechtliche Anerkennung der territorialen Änderungen der damaligen Tschechoslowakischen Republik hätte ableiten können. Der neuralgische Punkt in Europa, den das Münchner Abkommen darstellte, steht also nicht mehr einem friedlichen Zusammenleben und einer friedlichen Zusammenarbeit im Wege.“
Rudé Právo, 6. Juni 1973.

Kein Vertriebenenausweis für Altösterreicher

Vertriebene, die nach der Wiedererrichtung der Republik Österreich wieder ihre alte österreichische Staatsbürgerschaft angenommen haben, können keinen deutschen Vertriebenenausweis beantragen. Dies teilt der Regierungspräsident Köln unter Berufung auf die sogenannte Schutzmachttheorie mit.

In dem Bemühen, für ihre Dienstzeiten in der Tschechoslowakei eine bessere Anrechnung zu bekommen als sie die österreichische Sozialversicherung vorsieht, haben auch zahlreiche Pensionisten aus Österreich beim Regierungspräsidenten Köln um die Ausstellung eines Vertriebenenausweises angesucht, weil die deutschen Versicherungsanstalten ihre Pensionsberechnungsanträge von dem Vorliegen eines solchen Ausweises abhängig machen.

In vielen Fällen wurden Pensionisten aus Österreich ein solcher Ausweis verweigert, wenn sie bis zum 13. März 1938 die österreichische Staatsbürgerschaft besaßen und diese nach dem Kriege wieder abgenommen haben. Die deutschen Behörden stehen auf dem Standpunkt, daß in solchen Fällen Österreich als sogenannte Schutzmacht zur Aufnahme und Betreuung der Vertriebenen verpflichtet sei. Soweit demnach ein Vertriebener sich nach seiner Vertreibung freiwillig in das Land seiner Staatsangehörigkeit begeben, dort Zuflucht gesucht und gefunden hat und in das wirtschaftliche und soziale Leben wieder eingegliedert worden ist, kann er nach deutscher Auffassung keinen Anspruch auf Grund des Bundesvertriebenengesetzes gegen die Bundesrepublik erheben. Das Bundesvertriebenengesetz, so argumentiert die deutsche Behörde, will in erster Linie den deutschen Staatsangehörigen oder deutschen Volkszugehörigen helfen, die nach der Vertreibung schutzlos sind, um ihnen die Eingliederung in die deutsche Volksgemeinschaft zu ermöglichen. Es entspricht nicht dem Sinn und Zweck des Bundesvertriebenengesetzes, daß seine Vergünstigungen auch solchen Personen zuteil werden, die Aufnahme in dem Staat gefunden haben, dem sie durch ihre Staatsangehörigkeit angehören.

Diese Schutzmachttheorie war aber auch in der Bundesrepublik nicht unbestritten, weshalb gerichtliche Verfahren angestrengt wurden, um Rechtsklarheit zu finden. Das Obergerichtgericht Münster hat in jüngster Zeit in mehreren Fällen die Schutzmachttheorie für rechtens und verbindlich erklärt. Daher weist der Regierungs-

präsident Köln Ansuchen aus Österreich von Pensionisten mit alter österreichischer Staatsbürgerschaft ab. Es scheint ihm aber nicht völlig sicher zu sein, ob sich die Rechtsauffassung als haltbar erweist, daher stellt er in Aussicht, daß bei einer Änderung der Rechtslage der Antrag jederzeit gestellt und das Verfahren durchgeführt werden kann.

Österreichischerseits wird gegen die Rechtsauffassung wohl einzuwenden sein, daß sie unterschiedliches Recht auf ein und demselben Gebiet schafft. Nehmen wir an, daß aus einer Gemeinde im Sudetenland zwei Personen ausgetrieben wurden, die beide im Zeitpunkt der Vertreibung die deutsche Staatsbürgerschaft besaßen haben, von denen aber die eine, ursprünglich in einer österreichischen Heimatgemeinde zuständig, schon mit dem Anschluß Österreichs am 13. März 1938 deutscher Staatsbürger wurde, die andere aber erst mit dem 1. Oktober 1938 nach Angliederung der Sudetengebiete oder gar erst im Jahre 1939 durch Sammeleinbürgerung der Deutschen im Protektorat. Beide wurden wegen ihrer deutschen Staatsbürgerschaft ausgesiedelt. Beide haben den selben Versicherungsverlauf. Aber der ehemalige Österreicher darf bei der Reichversicherungsanstalt nicht ansuchen, sein Schicksalsgenosse ja.

Für den österreichischen Staat gibt es zwei Möglichkeiten, dieser Ungleichheit abzuwehren: entweder ficht er die Gültigkeit der sogenannten Schutzmachttheorie von sich aus an — oder er stellt die österreichische Sozialversicherung nach deutschem Muster um. Da die zweite Möglichkeit wegen der Beispielfolgen wahrscheinlich ausgeschlossen werden muß, wird der österreichische Staat mit dem deutschen Staat wegen der Schutzmachttheorie verhandeln müssen.

Fortsetzung vom 13. 7. 1973

(Rede vom Präsidenten der Nationalversammlung Seitz)

Nun aber stehen Deutschösterreich und die Sudetenländer höherer Gewalt gegenüber. Ausgeblutet, entkräftet, ohnmächtig in die Hand der Großmächte gegeben, hat sich unser Freistaat dem harten Friedensdiktat unterworfen. Um unser nacktes Leben zu fristen, mußten wir den Vertrag unterzeichnen, der uns weite Striche rein deutschen Landes nimmt, die deutschen Sudetenländer von unserem Staat abtrennt und fremdnationaler Herrschaft unterstellt. Um der nunmehr entstehenden Lage Rechnung zu tragen, wird die deutschösterreichische Nationalversammlung den Vertrag ungesäumt ratifizieren und damit die Grenzen, die dem Staate Deutschösterreich im Friedensvertrage gezogen sind, gesetzlich festlegen. Damit werden die deutschen Gebiete in den Sudetenländern, die bisher einen Bestandteil Deutschösterreichs gebildet haben, aus dessen Gebietshoheit aus staatsrechtlich ausgeschieden, alle deutschösterreichischen staatlichen und autonomen Organe der Gesetzgebung, Verwaltung und Justiz in den abgetrennten Gebieten in Form Rechters aufgegeben und unsere Volksgenossen in diesen Ländern Bürger eines fremden Staates geworden sein.

Damit, meine Herren, schließt ein denkwürdiger, unserem Volk unvergeßlicher Kampf ums Recht, ein zehnmönatiger Kampf eines Volkes um sein geheiligtes Selbstbestimmungsrecht, ein Kampf, an dessen Phasen die Sudeten- und Alpenländer wie die ganze Nation mit allen Leidenschaften des Herzens teilgenommen haben, in dieser trübseligen Peripetie unserer Geschichte mit einem schmerzlichen Ergebnis.

Die ganze Nation trauert mit Ihnen, meine Herren, ganz Deutschösterreich klagt heute über die unverstandene Willkür, die die vielhundertjährige staatliche Gemeinschaft und volkliche Gemeinbürgerschaft der Alpen- und Sudetendeutschen zerreißt. Der gewaltsame Riß zwischen diesen zwei deutschen Stämmen geht mitten durch das Herz jedes einzelnen Deutschen.

Mit tiefer Trauer, aber mit begründetem Stolz erfülle ich die Pflicht, dem deutschen Volk in den Sudetenländern, das sich in schwerster Zeit einmütig und entschlossen zur deutschösterreichischen Republik bekannt, für dieses Bekenntnis gelitten und geblutet und dem Staate seiner Wahl die Treue unverbrüchlich gehalten hat, den Dank der Republik zu sagen. Diesen Dank zolle ich insbesondere auch den gewählten Vertretern sowie allen Organen und Beamten der nunmehr scheidenden Gebiete und stelle in dieser Stunde feierlich fest: Was nur irgend geschehen konnte, um dem deutschen Volk in den Sudetenländern sein geheiligtes Recht auf Selbstbestimmung zu wahren und durchzusetzen, das haben seine berufenen, von seinem Vertrauen getragenen Vertreter mit einer Pflichttreue, die bis zur Selbstentäußerung ging, getan; wenn diesem Werke nicht der angestrebte Erfolg wurde, so liegt das an der höheren Gewalt, der wir uns beugen müssen. Aber ist auch das staatsrechtliche Band, das die deutschen Sudetenländer mit der Republik Deutschösterreich vereinigt hat, zerschnitten, unzerreißbar sind die Bande des Blutes, der Sprache, der Kultur und Sitte, die das deutsche Volk südlich und nördlich der Thaya verbinden. (Lebhafte, anhaltende Beifall und Händeklatschen.)

Daher bin ich auch überzeugt, daß die unaufhaltsame Entwicklung der Völker und Staaten in Europa auch unseren Brüdern in den Sudetenländern eines Tages das Selbstbestimmungsrecht wiederbringen wird, welches ihm die Gewaltfrieden von Versailles und St. Germain geraubt haben. Stürmischer Beifall und Händeklatschen; Heilrufe.) Staaten werden und vergehen — davon sind wir lebende Zeugen. Die Völker aber, bleiben, und auch davon legen unsere Tage ein unbestreitbares Zeugnis ab: Völker, welche die Willkür zerstückt und erniedrigt hat, erheben sich wieder. Wir hoffen, ja wir wissen es: Noch ist die deutsche Sache nicht verloren! (Stürmischer langanhaltender Beifall und Händeklatschen. — Stürmische Heilrufe.)

Nach der Ansprache des Präsidenten ergreift das Wort Landeshauptmann Dr. Lodgman:

Herr Präsident! Im Namen Deutschböhmens, des Sudetenlandes, Deutschsüdmährens und des deutschen Böhmerwaldgäues stehe ich hier vor den obersten Volksbeauftragten der Republik Deutschösterreich und grüße sie mit dem verhaltenen Schmerz, mit dem der Sohn von seinem Vaterhaus Abschied nimmt.

Durch höhere Gewalt gebeugt, mußte sich Deutschösterreich einem Friedensdiktat unterwerfen, das ihm im Süden und im Norden große reindutsche Gebiete entriß, das den jungen Freistaat wirtschaftlich verstümmelt.

Uraltes deutsches Kulturland, das dem Feind im Weltkrieg zu betreten verwehrt blieb, überantwortet der Friede fremdstaatlicher Gewalt, mehr als vier Millionen deutscher Volksgenossen schickt er unter das Joch volksfremder Herrschaft.

Das ist der Ausklang des Weltkrieges, den die Sieger nach ihren feierlichen Beteuerungen zur endgültigen Niederrichtung der brutalen Gewalt, für Recht und Menschlichkeit, gegen Zwang und Unterdrückung, zur Befreiung der geknechteten Nationen, für das Selbstbestimmungsrecht der Völker durchgekämpft haben wollen. Kants und Rousseaus Ideen waren es, die der Präsident der Vereinigten Staaten Amerikas in jenen berühmten vierzehn Punkten verkündete, auf deren Grundlage die Waffenruhe und der Waffenstillstand vereinbart wurden und auf deren Geltung bauend das deutsche Volk die Waffen aus der Hand gegeben hat.

Heute steht fest, daß die Friedensbedingungen nicht auf den vierzehn Punkten Wilsons, sondern auf den schon früher zwischen den Mächten getroffenen, nur von imperialistischen Interessen geleiteten Vereinbarungen aufgebaut sind. Und so hat sich auch unser ehrliches Vertrauen in die Unverletzlichkeit des Grundsatzes vom Selbstbestimmungsrechte der Völker als Täuschung erwiesen.

Herr Präsident haben soeben den Werdegang der Republik Deutschösterreich geschildert und dargelegt, wie sich die deutschen Gebiete der Sudetenländer diesem Staat eingegliedert haben. Selten war in der Geschichte der Wille eines Volkes so klar zum Ausdrucke gebracht worden

Abschied von Österreich

wie hier. Aber auch später, als die militärische Gewalt rücksichtslos auf die Sudetengebiete lastete und nahezu jede politische Regung und jede freie Meinungsäußerung auf das schwerste bedrohte, haben die Sudetendeutschen in ungezählten Kundgebungen und Entschließungen ihren Willen ausgesprochen und ihn bei vielen Anlässen, so insbesondere am 4. März 1919 durch das Blut so zahlreicher Volksgenossen besiegelt. Auch der 15. Juni 1919, der die Gemeindevahlen in den besetzten Gebieten brachte, war ein Tag des Bekenntnisses zur freien Selbstbestimmung des Volkes und gleichzeitig ein Beweis der nationalen Geschlossenheit der deutschen Siedlungen im Sudetengebiet.

Diesem Willen eines durch die unerhörten Leiden des Krieges gequälten und zermürbten, aber freien und selbstbewußten Volkes haben die Tschechen, abgesehen von den bekannten geschichtlichen Ansprüchen, deren Berechtigung von ihnen selbst geleugnet wird, sobald es sich um slowakische, polnische oder magyarische Gebiete handelt, teils Gewalt, teils List entgegen gesetzt, indem sie einzelne Gebiete mit Krieg überzogen und andere mit Berufung auf einen angeblichen Auftrag der Entente im Sinne des Waffenstillstandes besetzt haben. Gewalt und List haben aber schon nach altem römisches Rechte keinen dauernden, weil keinen rechtmäßigen Besitztitel gegeben: um so weniger vermögen sie das lebendige Recht der Völker, die einzig verlässliche Grundlage der modernen Staatenbildung, den Willen der Regierten, zu ersetzen.

Der Friedensvertrag von St. Germain hat das Ergebnis gewaltsamer Besitzergreifung hinterher anerkannt und das deutsche Volk in den Sudetenländern ohne Erforschung seines Willens und ohne Würdigung der vorliegenden Kundgebungen der Tschechoslowakei zugewiesen. Das deutsche Volk erhebt gegen diese Vergewaltigung seines Selbstbestimmungsrechtes nochmals vor der gesamten gesitteten Welt Einspruch, wird für sein Recht zu kämpfen nicht erlahmen und auf den Sieg seiner Ideen zu hoffen niemals verzichten.

Nach dieser Entstehungsgeschichte ist die Tschechoslowakische Republik für die Sudetendeutschen nicht der Staat ihrer Wahl. Die Unterwerfung unter eine geschaffene und zurzeit unabänderliche Zwangslage ist nicht gleichbedeutend mit williger Einordnung, mit Hingabe und Opferfreudigkeit. Die Voraussetzungen und Bedingungen für ein leidliches Nebeneinanderleben der beiden Völker zu schaffen und den Gram und die Verbitterung zu mildern, die sich namentlich in den letzten Monaten unter dem Drucke der politischen Rechtslosigkeit und hundertfältiger Vergewaltigung der Sudetendeutschen bemächtigt haben, ist Sache des tschechischen Volkes. Nicht ein Nationalstaat, sondern ein Nationalitätenstaat gleich dem alten Österreich ist entstanden, und aus dieser Tatsache müssen nunmehr die politischen Folgerungen gezogen werden. Dazu gehört in erster Linie die Forderung, daß die ernannte, nicht durch Volkswahlen berufene tschechische Nationalversammlung, welche gar nicht vertretenen Gebieten Gesetze und Verfügungen aufzwingt, durch eine wirkliche Volksvertretung ersetzt werde, an deren Wahl alle Gebiete des Staates teilnehmen, und daß dieser selbstverständlich alle bisherigen, auf keine volle und rechtmäßige Vertretung sich stützenden Gesetze und Verfügungen zur endgültigen Beschlußfassung unterbreitet werden.

Im übrigen sehen wir heute davon ab, die Ziele und Richtlinien der künftigen deutschen Politik in den Sudetenländern näher zu zeichnen, weil dies dem zunächst zu bildenden Rat der Vertrauensmänner und später den Abgeordneten des deutschen Volkes vorbehalten bleibt. Dagegen glauben wir der Öffentlichkeit darüber Rechnung schuldig zu sein, warum wir bis zum heutigen Tage auf unserem Posten ausgeharrt haben, obwohl schon seit geraumer Zeit, so seit dem Bekanntwerden der dem Deutschen Reiche auferlegten Friedensbedingungen, nicht zweifelhaft sein konnte, daß eine Entscheidung des staatlichen Schicksales der Sudetengebiete bei den Entente-mächten bereits gefallen sei. Staatsrechtliche Tatsachen jedoch wie die, daß die von uns vertretenen Gebiete nach einwandfrei beschlossenen und kundgemachten Gesetzen zu Deutschösterreich gehören, bedürfen zu ihrer Veränderung staatsrechtlicher Akte. Erst durch die Rechtskraft des Friedens wird eine neue Rechtslage geschaffen sein und erst von diesem Zeitpunkt an werden die deutschen Sudetengebiete Teile der Tschechoslowakischen Republik und ihre Bewohner tschechoslowakische Staatsbürger.

Die deutschen Sudetenländer waren daran verhindert, in die deutschösterreichische Nationalversammlung zu wählen, und hatten darum auch keine Möglichkeit, an den Verhandlungen über den Friedensvertrag als verhandlungsberechtigter Vertragsteil teilzunehmen.

Wir legen das größte Gewicht auf die Feststellung, daß sich aus der Nichtbeschickung der deutschösterreichischen Nationalversammlung und der Friedenskonferenz zu St. Germain ebensowenig eine rechtliche Bedeutung für den Zeitpunkt unserer Eingliederung in den Tschechischen Staat ableiten läßt wie aus der Beteiligung der Deutschen an den Gemeindevahlen vom 15. Juni 1919, da deren Ausschreibung in den deutschen Sudetengebieten eine Zwangslage, aber keinen Rechtszustand geschaffen hat. Erst der Tag der Friedensratifikation begründet unsere neuen Staatsbürgerpflichten.

Wenn die deutschösterreichische Verwaltung in den deutschen Sudetengebieten heute aufgelöst wird, wenn die deutschösterreichischen Organe daselbst ihres Treuegelöbnisses zum Deutschösterreichischen Staate entbunden werden, so

besagt dieser Akt, daß die Republik Deutschösterreich ihre staatlichen Organe in dem Gebiete aufhebt und uns aus ihrem Staatsverbände entläßt.

Aber mag, wie Sie, Herr Präsident, gesagt haben, das staatsrechtliche Band zwischen Deutschösterreich und den Sudetenländern auch zerrissen sein, unlösbar sind das nationale Bewußtsein und die in Jahrhunderten erwachsenen kulturellen und geistigen Beziehungen, welche die Sudetendeutschen mit den Alpenländern und beide gemeinsam mit den Deutschen des Reiches verbinden. Die ideale Hoffnung, daß die Zukunft auch dem deutschen Volke in Europa sein volles und uneingeschränktes Selbstbestimmungsrecht bringen werde, lebt unzerstörbar in unseren Herzen.

Im Namen der gesamten deutschen Sudetengebiete, deren Vertreter hier versammelt sind, danke ich Ihnen, Herr Präsident, für die warmen und herzlichen Worte der Sympathie, die Sie namens der Republik Deutschösterreich den Sudetendeutschen und ihren Vertretern gewidmet haben.

Die Sudetendeutschen erwidern diese Gefühle mit den gleichen aufrichtigen Sympathien und ich bitte Sie, Herr Präsident, der Nationalversammlung unseren Dank zu übermitteln.

Das deutsche Volk, heute in allen seinen Siedlungsgebieten durch das gleiche Unglück gebeugt, muß sich augenblicklich fremdem Willen unterordnen und auf die volle Ausübung seiner staatlichen Selbstbestimmung verzichten. Ist es doch selbst in den Grenzen seiner Nationalstaaten den siegenden Mächten hörig geworden. Wenn es das Bewußtsein der in ihm schlummernden unüberwindlichen Anlagen und Kräfte wieder erlangt und sich zur einheitlichen Zusammenfassung dieser Kräfte versteht, wird dieser Zeit tiefer Not eine Zeit der Erhebung und der Größe wieder folgen.

Mit diesem Ausblick nehmen wir tiefbewegt von der Republik Deutschösterreich und von unseren Brüdern in Wien und in den Alpenländern Abschied. Es sind die Hände vergänglichlicher Menschen, welche Grenzpfähle in die ewige Erde schlagen. Aber fest und eins wie die Erde sind die Nationen, die sie bewohnen. Wir stehen in Hinkunft auf dem Boden zweier verschiedener Staaten, aber wir bleiben eins in Sprache, Denkart, Kultur und nationalem Bewußtsein. Wir scheiden im Raume, wir bleiben vereint im Geiste. (Stürmischer, langanhaltender Beifall und Händeklatschen.)

Nach dem Sprecher der sudetenländischen Deutschen verliest Staatskanzler Dr. Renner den nachfolgenden Kabinettsbeschuß vom 23. September 1919:

Der deutschösterreichische Kabinettsrat geht von der Rechtsanschauung aus,

daß der Friede von St. Germain erst in dem Augenblicke in volle Rechtskraft tritt, wo die Ratifikationsurkunden über den Frieden zwischen dem Obersten Rate der alliierten und assoziierten Mächte und der Republik Deutschösterreich ausgetauscht werden. Nach den Bestimmungen des Abschnittes III des dritten Teiles werden die in zwischen von der Tschechoslowakei tatsächlich besetzten Gebiete erst mit dem Inkrafttreten des Friedens von St. Germain von der Republik Deutschösterreich aufgegeben und von Rechts wegen gehen also auch die von der Republik Deutschösterreich in Anspruch genommenen Gebiete Deutschböhmens, Sudetenland, die Kreise Deutschsüdböhmens und Deutschsüdmährens sowie die Siedlungsgebiete von Brünn, Iglau und Olmütz erst von diesem Augenblicke auf die Tschechoslowakische Republik über. Trotzdem

bezeugt die Tatsache, daß sowohl die Republik Deutschösterreich wie die Tschechoslowakische Republik am 10. September d. J. zu St. Germain unterfertigt haben, daß schon jetzt zwischen den beiden Freistaaten volles Einverständnis über die künftige Regelung der Fragen des Gebietes, der Staatsbürgerschaft und der Staatshoheit besteht, und die deutschösterreichische Regierung ist daher bereit, schon jetzt — die Zustimmung der gesetzgebenden Körperschaft vorausgesetzt — das von der Tschechoslowakischen Republik inzwischen tatsächlich besetzte Gebiet sowie die auf Grund des Friedensvertrages selbst diesen Gebieten angehörenden Staatsbürger unter die volle staatliche Hoheit der Tschechoslowakischen Republik zu stellen.

Indem die Regierung Deutschösterreichs dermaßen dem Inkrafttreten des Friedensvertrages vorzugreifen bereit ist, hebt sie ihre entgegenstehenden Vollzugsanweisungen auf und verfügt vorbehaltlich der Genehmigung der Nationalversammlung:

a) die Landesregierungen von Deutschböhmen, von Sudetenland, die Kreishauptmannschaft von Deutschsüdmähren, ferner alle übrigen durch die deutschösterreichische Republik auf dem künftigen Boden der Tschechoslowakischen Republik eingerichteten wie immer Namen habenden deutschösterreichischen politischen, richterlichen, Finanz- und sonstigen Behörden sind mit Rechtswirksamkeit vom 24. September 1919 aufgehoben;

b) die von den Bewohnern dieser Gebiete durch Wahl oder durch behördliche Berufung eingesetzten Vertretungskörper und zur Vertretung allgemeiner Interessen berufenen Persönlichkeiten, welchen Namen sie immer haben mögen, hören von diesem Tage auf, deutschösterreichische Vertretungen zu sein und werden als solche von der Regierung Deutschösterreichs nicht mehr anerkannt.

In Ausführung dieses Beschlusses wird der Staatskanzler an den Präsidenten der Nationalversammlung mit dem Ersuchen heranretten, die von ihm selbst vereidigten Funktionäre der Republik Deutschösterreich des Treuegelöbnisses für die Republik zu entbinden, wodurch auch alle von diesen Funktionären vorgenommenen Angelegenheiten nachgeordneter Organe aufgehoben sein werden. Sämtliche ehemals österreichische Staatsbürger, die nach dem Friedensvertrage von St. Germain künftig Staatsbürger der Tschechoslowakischen Republik werden, werden damit des Treue- und Pflichtverhältnisses zur Republik Deutschösterreich entbunden sein.

Meine Herren! Der Kabinettsrat hat diese schmerzliche Entschließung gefaßt, um zahllose Angehörige unserer Nation von jedem Gewissenskonflikte zu befreien und in den Stand zu setzen, so rasch als tunlich den gegebenen und heute als unabänderlich erkannten Tatsachen Rechnung zu tragen und sich auf den Boden des Staates zu stellen, dem sie der Friedensvertrag von St. Germain angeschlossen hat.

Herr Präsident! Im Namen des Kabinettsrates bitte ich Sie, die erwähnten Funktionäre aus dem Staatsverbände der Republik Deutschösterreich zu entlassen.

Präsident Seitz:

Hochverehrte Versammlung! Meine Herren!

Hiermit entbinde ich Sie, meine Herren Landeshauptmänner von Deutschböhmen und dem Sudetenland und Sie, Herr Kreishauptmann von Znaim, ferner die Funktionäre aller Behörden und Anstalten sowie alle Funktionäre der Vertretungen und Selbstverwaltungskörper auf den im vorliegenden Kabinettsbeschuß bezeichneten Gebieten und in dem daselbst vorgesehenen Umfange und vorbehaltlich der Genehmigung der Nationalversammlung des Treuegelöbnisses, das sie der Republik Deutschösterreich geleistet haben.

Nach dieser Kundgebung schreiben die Vertreter der Sudetendeutschen an der Präsidenten-estrade vorbei und legen die deutschösterreichische Kokarde in die Hände des Präsidenten zurück.

Hierauf erklärt der Präsident die Verhandlungen für geschlossen.

Schluß der feierlichen Sitzung um 6 Uhr abends.

SUDETENDEUTSCHE LANDSMANNSCHAFT IN ÖSTERREICH (SLÖ) BUNDESVERBAND 1010 WIEN, HEGELGASSE 19/4, TELEFON 52 29 62

Wien, im August 1973

Aufruf zum Sudetendeutschen Heimattag 1973 in Wien-Klosterneuburg

Der Sudetendeutsche Heimattag, der schon Tradition geworden ist, wird 1973 wiederum abgehalten, und die Sudetendeutsche Landsmannschaft in Österreich ladet hiezu herzlichst ein.

Der Heimattag ist die Begegnung zwischen vielen sudetendeutschen Verwandten, Freunden und Bekannten aus dem bundesdeutschen und österreichischen Raume in Erinnerung an Wien, die alte, ruhmreiche Hauptstadt Österreichs.

Folgende Festgestaltung ist vorgesehen:

- Freitag, 21. September 1973, 18.00 Uhr: Kranzniederlegung am Ehrenmale im äußeren Burgtor
- Samstag, 22. September 1973, 16.00 Uhr: Festkundgebung im Konzerthaus ab 18.00 Uhr: Heimat- und Familientreffen der Heimatgruppen
- Sonntag, 23. September 1973, 11.00 Uhr: Feldmesse in Klosterneuburg anschließend: Kranzniederlegung vor dem Denkmale auf dem Sudetendeutschen Platz in Klosterneuburg 15.00 Uhr: Treffen der Landsleute in der Babenbergerhalle in Klosterneuburg

Landsleute!

Kommt zum Sudetendeutschen Heimattag 1973 in Wien-Klosterneuburg und erlebt hier den Zauber der Vergangenheit und Gegenwart eines Raumes, mit dem wir alle noch immer verbunden sind.

Weitere Angaben folgen in den nächsten Wochen durch Presse und Mitteilungen der Landsmannschaft sowie in den verschiedenen Heimatgruppen.

Der Bundesvorstand der Sudetendeutschen Landsmannschaft in Österreich
Dr. Emil Schembera
Bundesobmann

Sorgen mit den CSSR-Behörden

Unbeugsame Haltung bei geplanten Familienzusammenführungen

Das Problem der Familienzusammenführung, das zu den Themen der zweiten Phase der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (k.s. z.e.) im September gehören wird, ist was die Tschechoslowakei betrifft, wo nach den Ereignissen im August 1968 viele Familien auseinandergerissen wurden, besonders aktuell.

Bisher haben sich die tschechoslowakischen Behörden den Personen gegenüber unbeugsam gezeigt, die nach der militärischen Intervention vom 21. August 1968 das Land verlassen haben. Sie versuchen, seither vergeblich Frau oder Kinder zu sich zu holen. Mehrere Jahre lang haben die tschechoslowakischen Stellen entweder die Anträge überhaupt nicht beantwortet oder aber die Zusage gegeben, sie würden geprüft, seit einigen Monaten kam ein neues Argument hinzu: die im Februar vom Präsidenten der Republik Swoboda zugestandene Amnestie, die allen Auswanderern gewährt werden soll, wenn sie vor Jahresende zurückkehren. Die Behörden heben hervor, daß die Emigranten ihre Familien in der Tschechoslowakei selbst wiederfinden könnten, ohne verfolgt zu werden. Für die Regierung bestünde kein Grund, die Auswanderungsprozedur in Gang zu bringen und eine ganze Familie in die Emigration zu schicken.

In der Praxis aber verweigern die Stellen tschechoslowakischen Staatsbürgern sogar die Erlaubnis, ihre Ferien bei emigrierten Familienmitgliedern im Ausland zu verbringen. Solange die im Amnestiedekret eingeräumte Frist nicht verstrichen sein wird, besteht wohl kaum Aussicht, daß die Prager Regierung die Antragsteller ausreisen lassen wird.

Diese Haltung hat der stellvertretende CSSR-Außenminister Miloslav Ruzek vor einigen Tagen in bezug auf den bekanntesten Fall der Familie Porizka, erneut bekräftigt.

Jiri und Anna Porizka waren im Anschluß an die Augustereignisse nach Schweden ausgewandert, wobei sie ihr Töchterchen Pavlina zurückließen. Die Affäre nahm internationales Ausmaß an, als Frau Porizka im September 1971 nach vergeblichen Bemühungen den Anschluß traf, mit zwei schwedischen Piloten heimlich in die Tschechoslowakei einzureisen und den Versuch einer Entführung ihrer Tochter zu unternehmen. Ihr Plan scheiterte und die beiden Schweden

wurden zu je sechs Jahren Gefängnis verurteilt und ein Jahr später abgeschoben.

In der Zwischenzeit bekam die junge Frau ein zweites Kind und wartet weiter vergeblich auf die Erlaubnis, mit ihren zwei Kindern nach Schweden zu ihrem Mann zurückzukehren.

Dutzende anderer Fälle, die der Öffentlichkeit weniger bekannt wurden, befinden sich im gleichen Stadium.

So hatte der amerikanische Staatssekretär William Rogers seinem Amtskollegen Bohuslav Chnoupek eine Liste mit 31 Namen von Personen überreicht, für die Washington Ausreisegenehmigungen erwirken möchte.

Nun spricht man offen davon

Gleich nach dem Vertrag taucht das Thema „Reparationen“ auf

Wenige Stunden nach der Paraphierung des Vertrages zwischen der Bundesregierung und Prag erfuhren erstaunte Journalisten in Bonn von der CSSR-Delegation, daß in dem vorliegenden Vertrag finanzielle Fragen nicht angesprochen seien und erst in der bevorstehenden Normalisierung der gegenseitigen Beziehungen geregelt werden müßten.

Dazu schreibt Dieter Cycon in der „Welt“ vom 25. 6.:

„Im Absatz 3 des Artikels II erklären beide Seiten lediglich, daß dieser Vertrag „mit seinen Erklärungen über das Münchner Abkommen“ keine Rechtsgrundlage für materielle Ansprüche der CSSR bilde. Das läßt aber die Frage tschechischer Ansprüche für alles offen, was nicht als Folge des Münchner Abkommens, sondern später geschehen ist, nämlich nach dem deutschen Einmarsch in Prag. In diesem Zusammenhang erst zeigt die Formel von der „Nichtigkeit“ des Münchner Abkommens ihre schlimmen Konsequenzen.“

Wäre das Münchner Abkommen im Vertrag nicht als „nichtig“, sondern wie allein richtig, als seinerzeit gültig und heute ungültig behandelt worden, dann hätte sich die CSSR 1945 deutsches Territorium angeeignet, und dann wäre die Vertreibung der Sudetendeutschen offenkundiges Unrecht. Alle Reparationsansprüche, die

Die kanadische Regierung bemüht sich ihrerseits seit mehreren Jahren um eine Regelung von 40 Fällen. Auch da antwortete die Prager Regierung, es stehe einer Rückkehr der Ehemänner oder Väter in die Tschechoslowakei nichts im Weg.

Die tschechoslowakische Presse hat dagegen einen umgekehrten Fall lang und breit behandelt: die Kinder der Familie Gabriel, deren Vater diese 1969 in die Vereinigten Staaten mitgenommen hatte. Nach seinem Tod konnte die Familie in der CSSR eine Rückkehr nicht durchsetzen. Hier wäre vielleicht ein Ansatzpunkt für eine Austauschaktion.

Prag aus einer späteren Periode ableiten könnte, hätten auf eine deutsche Gegenrechnung stoßen können. War aber das Münchner Abkommen „nichtig“, und „nichtig“ im östlichen Verständnis „von Anfang an“, dann hatten sich die Sudetendeutschen wie illoyale Staatsbürger verhalten, dann konnte ihre Vertreibung wie rechtlich begründbar erscheinen, jedenfalls war sie dann eine innerstaatliche tschechische Angelegenheit. Dann kann aber auch von deutscher Seite nichts mehr gegen tschechische Reparationsansprüche aufgerechnet werden, die ihre Basis in Entwicklungen nach 1939 haben. Ein tschechischer Verzicht auf Reparationsansprüche, ausdrücklich eingegrenzt auf das Münchner Abkommen, läßt notwendigerweise andere Entschädigungsansprüche offen.“

In einer gemeinsamen Erklärung haben BdV-Präsident Dr. Herbert Czaja MdB und der Sprecher der Sudetendeutschen Landsmannschaft, Dr. Walter Becher MdB, den Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und sagte, der Vertrag mit Prag könne keinen konstruktiven und gerechten Ausgleich bewirken, da er zur unmenschlichen und völkerrechtswidrigen Massenvertreibung und ihrer Folgen für die Sudetendeutschen schweige und nur das dem tschechoslowakischen Volk angetane Unrecht erwähne.

Entspannung ist noch fern

Politiker Pelikan beklagt die Lage in der Tschechoslowakei

Unter der Überschrift „Die vergessene Tschechoslowakei“ beschäftigt sich in der „Stampa“ im Hinblick auf die Konferenz von Helsinki anläßlich des fünften Jahrestages des sowjetischen Einmarsches der frühere Leiter des tschechischen Rundfunks und Fernsehens, Pelikan, während des „Prager Frühlings“ Präsident des parlamentarischen Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten, mit der Lage seines Landes. „Manche Beobachter urteilen“, so schreibt er, „daß die internationale Entspannung sich nur positiv auf die Tschechoslowakei auswirken könne, und möchten schon die ersten Zeichen dafür erkennen.“

Als solche würden betrachtet: keine neuen Massenverhaftungen, kein neuer politischer Prozeß, eine gewisse wirtschaftliche Sicherheit, die Normalisierung der Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland, das Interesse Moskaus, das Ärgernis vergessen zu lassen, die Versuche, einen Teil der während der Säuberungen von 1969 bis 1971 ausgestoßenen 500.000 Kommunisten wiederzugewinnen. Diesen Tatsachen stünden aber andere gegenüber. Die sowjetische und die tschechoslowakische Presse führen fort, die Erneuerung des Sozialismus im Jahre 1968 als eine vom „Imperialismus“ und „Zionismus“ inspirierte „Gegenrevolution“ zu beschreiben. Hunderttausende von alten Kommunisten und Sozialisten könnten sich nicht gegen die Verleumdungen verteidigen. Vor kurzem habe Dubček in Preßburg auf einer örtlichen Gewerkschaftsversammlung zu sprechen versucht und erklärt, daß alle gegen ihn gerichteten Angriffe falsch seien. Der Vorsitzende habe ihm jedoch das Wort abgeschnitten.

Verhaftungen und Verurteilungen von Bürgern aus politischen Gründen gingen weiter, schreibt Pelikan. „Hunderttausend Intellektuelle, Politiker, Lehrer, Wissenschaftler, Journalisten und Gewerkschaftler haben ihre Arbeit verlassen müssen und sind einer elenden Existenz ausge-

setzt, die sich auch auf ihre Söhne auswirkt, die oft nicht zum Studium zugelassen sind.“ In dem im April abgeänderten Strafgesetzbuch seien die Höchststrafen für politische Vergehen von 15 auf 20 Jahre Gefängnis hinaufgesetzt worden.

Pelikan gelangt zu der Feststellung, daß Entspannung in der Tschechoslowakei noch fern ist. Die Dogmatiker von Prag und Moskau be-

stünden darauf, daß „der freie Austausch von Gedanken, Informationen und Personen eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten der sozialistischen Länder“ und „den ideologischen Umsturz“ bedeute. Nicht zufällig sei ein Spezialist in der Bekämpfung des „ideologischen Umsturzes“, Daromir Obzina, kurz vor der Konferenz von Helsinki zum Innenminister ernannt worden.

Die Sudetenfrage im Londoner Exil

Toni Hergert

(Stellungnahmen von W. Jaksch und E. Benes)

Der an der Universität Saarbrücken tätige Historiker Friedrich Prinz — im übrigen der einzige sudetendeutsche Lehrstuhlinhaber, der sich aktiv zu seiner Volksgruppe bekennt und der Seliger-Gemeinde nahesteht — hat vor kurzem eine Dokumentation vorgelegt, die gewissermaßen ein Nachhall zu W. Jakschs Buch „Europas Weg nach Potsdam“ ist: Wenzel Jaksch — Edvard Henes. Briefe und Dokumente aus dem Londoner Exil 1939—1943. Verlag Wissenschaft und Politik, Köln, 1973, 160 S.

In diesem Buch hat Prinz 23 Dokumente aus dem Nachlaß des früheren letzten Vorsitzenden der sudetendeutschen Sozialdemokratie (DSAP), W. Jaksch, der während seines Londoner Aufenthaltes ab 1939 Vorsitzender der „Treuhandgemeinschaft“ sudetendeutscher Sozialdemokraten (TG) war, veröffentlicht und sie mit einem umfangreichen Vorwort versehen, das eine Erläuterung und Ergänzung der Dokumente darstellt. Die neue Dokumentation stellt eine wissenschaftliche Ergänzung der beiden Publikationen „Patriot und Europäer“ und „Sucher und Känder“ dar, wie sie schon vor Jahren von Karl Kern, Malmö, veröffentlicht wurden. Damit besitzen die Sudetendeutschen zumindest über einen Teilabschnitt ihrer jüngsten politischen Geschichte ein halbwegs abgerundetes Bild.

Die Prinz-Dokumentation wird in der retrospektiven Betrachtung des sudetendeutscheschen Verhältnisses, doch auch bei jeder künftigen Neuregelung deutsch-tschechischer Nachbarschaft eine bedeutende Rolle spielen, spiegelt sie doch die entscheidenden Jahre 1939—1943 im Londoner Exil, in der die politische Entscheidung der Tschechen in ihrem Verhältnis zu den Sudetendeutschen nach dem Zweiten Weltkriege fiel. Es war dies eine folgenschwere Entscheidung, die sich schon bald nach ihrer Verwirklichung als gänzlich falsch und nachteilig für das tschechische Volk und seine Freiheit herausstellte.

Abgesehen von kleineren Darstellungen und der Abhandlung von Martin K. Bachstein über die Politik der „TG“ im Sammelwerk des Collegium Carolinum „Das Jahr 1945 in der Tschechoslowakei“ (1971), ist mit dem neuen Dokumentenband aus dem Nachlaß des angesehenen Politikers W. Jaksch zum ersten Mal eine umfangreichere Arbeit über die Tätigkeit des zahlenmäßig stärksten Teiles der sudetendeutschen Emigration nach „München“ erschienen. Obwohl der Band nur Bruchstücke aus der Aktivität der „TG“ bringt, kann man sich aus den Dokumenten dennoch ein recht anschauliches Bild über die unterschiedlichen Gewichte der sudetendeutschen und tschechischen Emigration während des

Zweiten Weltkrieges machen. Da in der eigenen Volksgruppe über die Emigration der sozialdemokratischen und anderen sudetendeutschen Gruppen nach 1938 kaum etwas bekannt ist, wären für den Durchschnittsleser noch weit mehr Anmerkungen nötig gewesen; Hinweise aber auch darüber, was das harte Eingreifen eines Heydrich verursacht hat, das u. a. durch die direkten Kontakte des Protektorspräsidenten, „Ministerpräsidenten und einiger Minister mit der tschechischen Exilregierung unter Mitwirkung des NSDAP-Ehrenzeichenträgers Paul Thümmel aus Dresden, logischerweise notwendig machte. Es fehlt auch ein Hinweis darüber, daß der Mord an Heydrich von E. Benes und seinem Spionagechef Frantisek Moravec geplant und vorbereitet wurde, was das Massaker von Lidice (das vom Londoner tschechischen Exil erwünscht war) zur Folge hatte. Ergänzungen zu diesem Buch finden sich in dem 1966 von der Tschechoslowakischen Akademie der Wissenschaften veröffentlichtem Doppelband über die tschechische außenpolitische Tätigkeit der Jahre 1939—1943, in dem Jaksch, dem Vertreibungs- und Retributionsproblem verhältnismäßig viel Raum gewidmet wurde.

Die konzentrierteste Aussage über die sudetendeutsche Gesamtmigration in England kommt in dem Buch leider keine Aufnahme mehr finden. Sie stammt von Rudolf Storch und wurde in der Zeitschrift „Sudeteland“ 1/1973 veröffentlicht. In ihrer kritischen Aussage ist sie vielleicht das Beste, was über dieses Thema geschrieben wurde.

Der Kern der Prinz-Dokumentation behandelt das Sudetendeutsche Problem. Während Jaksch und seine „TG“ vor allem auf Grund der früheren aktivistischen Tätigkeit in der Vorkriegstschechoslowakei versuchten, ein Mitscheidungsrecht im auch künftig gemeinsamen Staat zu erhalten, gingen die Bestrebungen der tschechischen Kreise um E. Benes auf eine völlige Eliminierung der Sudetendeutschen aus der Nachkriegstschechoslowakei, wofür er die „TG“ einspannen wollte. So wie Benes und andere tschechische Politiker der Vorkriegstschechoslowakei den Aktivismus sudetendeutscher Parteien nur als Feigenblatt für ihren eigenen entnationalisierenden „Tschechoslowakismus“ benutzten, wollte Benes und seine Londoner Exilregierung die Zustimmung der exilierten sudetendeutschen Sozialdemokraten zur Teil- bzw. Totalvertreibung.

In der Vertreibung und der rekriminierenden Retribution sahen Benes und seine ihm dienstbaren Geister die „Endlösung“ des Sudetenproblems. Klarer als aus anderen Publikationen geht dies aus dieser Dokumentation

Er war zu beliebt ...

Das Bezirksgericht in Braunau (Broumoc) hat nach mehrmaligen Verhandlungen den Administrator der kath. Kirche dieser in Nordosten Böhmens gelegenen Stadt, Pfarrer Frantisek Plodek, zu sechs Monaten Gefängnis mit einer Bewährungsfrist von 2 Jahren und zu einem sofort wirksam werdenden Berufsverbot für 3 Jahre verurteilt. Dem heute 57-jährigen Priester warf das Gericht vor, während einer Trauung in der Klosterkirche in Gegenwart von rund 30 Personen in seiner Predigt die Anwesenden gegen die ideologischen Grundsätze der sozialistischen Ordnung beeinflusst zu haben.

In der Urteilsbegründung wird betont, daß mehrere Zeugen, Anwesende bei der Trauung, versichert hätten, daß die Ansprache Pfarrer Plodeks von ihnen keinesfalls als eine Beeinflussung gegen das sozialistische Regime empfunden worden ist und eine derartige Beurteilung der Persönlichkeit des Angeklagten schon wegen seiner KZ-Haft während der deutschen Besatzung nicht fundiert erscheine. Zwei Zeugen der Anklage wollen dagegen gehört haben, daß Pfarrer Plodek davon gesprochen habe, man dürfe heute niemandem trauen, und im Falle einer Scheidung bleibe dem anderen Partner manchmal nichts anderes übrig, als sich den zu erwartenden Beschuldigungen durch Selbstmord zu entziehen.

In der Urteilsbegründung wird angedeutet, warum Pfarrer Plodek wirklich für viele Jahre Be-

Sudetendeutscher Betrieb
Buchdruckerei
Fr. Sommer
 Drucksorten jeder Art
 Inhaber: Ing. Otto und Rautgundis Spinka
 3100 St. Pölten, Kremser Gasse 21

rufsverbot erhalten hat und kaum wieder die Möglichkeit haben wird, in seinen Beruf zurückzukehren. Wörtlich: „Aus der Beurteilung des Narodni Vybor ist zu entnehmen, daß der Angeklagte sich intensiv seiner Funktion als katholischer Pfarrer gewidmet, daß er eifrig seine priesterliche Pflicht erfüllt und gegen die wissenschaftliche Weltanschauung gekämpft hat“. Abschließend wird in der Urteilsbegründung Pfarrer Plodek noch vorgeworfen, die Menschen im „Geiste der religiösen Propaganda mit dem Ziel beeinflusst zu haben, diese von einer aktiven Mitarbeit an der Errichtung einer sozialistischen Gesellschaft abzuhalten“. Dem Angeklagten wird ausdrücklich bescheinigt, daß er in dieser Tätigkeit „sehr erfolgreich“ gewesen sei und die Verhandlungen mehrfach vertagt werden mußten, weil sich immer neue Entlastungszeugen für den Angeklagten gemeldet hätten. „Schon daraus ist klar ersichtlich, daß der Angeklagte einen sehr wesentlichen Einfluß auf einen großen Bevölkerungsteil von Braunau gehabt hat“.

Mag auch die Haltung von Jaksch und seiner „TG“ im Exil manchmal schwankend gewesen sein; als es darauf ankam, in den entscheidenden Fragen der eigenen Volksgruppe Farbe zu bekennen, lehnte man aber jeden faulen Kompromiß ab. Daß der zahlenmäßig kleinen Gruppe um Jaksch der politische Erfolg versagt blieb, hat vielerlei Ursachen. Sie liegen sowohl in der Struktur der „TG“, in der Abspaltung der von Benes ferngesteuerten Zinner-Lenk-Gruppe, in den weit geringeren Verbindungen des Hochgradfreimaurers Benes und in der Kriegsentwicklung. Letzten Endes entschied die deutsche Niederlage über die Austreibung und die sudetendeutsche Volksgruppe. Dabei ist es nicht so sehr von Bedeutung, daß Jaksch mehrere tschechische Politiker als Verbündete oder Vertraute wählte, während sie ihn in Wirklichkeit nur als Werkzeug verwenden wollten, was für E. Benes, H. Ripka, Minister Jar. Nečas und den Journalisten J. Belina zutrifft.

Es zeichnet Jaksch aus, daß er schon während des Krieges die Lösung der europäischen Lage nur in einer „gesamteuropäischen Neuordnung“ sah (S. 58) vor allem aber in der Wiederherstellung der Begriffe „Recht und „Unrecht“ im internationalen Leben.“ Die leidvolle tschechische Gegenwart bestätigt nur die prophetischen Worte dieses sudetendeutschen Politikers.

Glas Porzellan
 Küchengeräte
 Boutique
 Geschenkartikel
 IN GRÖßTER AUSWAHL
 UND PREISWERT



IM FACHGESCHAFT
Plama
 1061 WIEN MARIAHILFERSTR. 71-57-36-21

Stadt- und Radiumkurbad St. Joachimsthal

Die wichtigste Bergstadt des Sudetenlandes, die am Fuße des höchsten Erzgebirgspfels, dem Keilberg (1244 m), im engen Tal des Weseritzbaches sehr reizvoll gelegene Stadt und Radiumkurbad St. Joachimsthal (650 m), entstand 1516 in der Nähe einer älteren Siedlung namens „Konradgrün“. Die Neugründung, die man anfangs einfach nur „Thal“, später nach dem Patron St. Joachim „Joachimsthal“ nannte, erfolgte durch den Grafen Stephan Schlick auf Grund reicher Silbervorkommen. Zwanzig Jahre nach seiner Gründung zählte der Ort, welcher 1519 zur freien Bergstadt erhoben wurde, bereits 18.000 Einwohner (Dresden hatte nur 6000 Einwohner zur gleichen Zeit), und in den Silberbergwerken der Stadt arbeiteten über 9000 Bergknappen, darunter 800 Steiger und Schichtmeister. Das alte Joachimsthal mit mehr als 1200 Häusern war eine Großstadt des Mittelalters.

In der 1518 in Joachimsthal erbauten Münze ließ im gleichen Jahre Graf Stephan Schlick die ersten „Joachimsthaler Silberroschen“ prägen, welche nach dem Orte ihres Ursprungs „Thalerroschen“ oder kurzweg „Thaler“, später auch „Dollar“ genannt wurden. An der berühmten Lateinschule der Stadt, die zu einer Stätte hoher Gelehrsamkeit wurde, wirkte der Bergprediger Johannes Mathesius (1504—1565), ein Schüler und Freund Martin Luthers, dreißig Jahre als Rektor. Schon bald nach der Gründung der Bergstadt muß der Hauptvertreter des protestantischen Kirchenliedes in Böhmen und zugleich einer der bedeutendsten Liederdichter seiner Zeit, Nikolaus Hermann, nach Joachimsthal gekommen sein. Dieser wirkte in der Stadt als Kantor und starb 1561. Geistliche Lieder dichtete auch Kaspar Frank († 1579), der Nachfolger Mathesius' in Joachimsthal. Noch viele andere Berühmte wären zu nennen, die in der alten Bergstadt lebten und wirkten, so der Arzt und Naturforscher Dr. Georg Agricola, der Begründer der deutschen Mineralogie.

Die Silbergruben, welche später in den Besitz der Welsler übergingen, waren nach etwa 100 Jahren erschöpft, und so schnell Joachimsthal emporgeblüht und zu Reichtum gelangt war, so

rasch verarmte es nun wieder. Die Gegenreformation veranlaßte viele der evangelischen Bergleute, nach Sachsen auszuwandern, wo sie Johann-Georgenstadt gründeten. 1873 wurde die Stadt von einem furchtbaren Brand verheert, dem auch die Dekanatskirche mit einem Altarbild von Lukas Cranach zum Opfer fiel. Auf's neue in der ganzen Welt bekannt und berühmt wurde der Name Joachimsthal, als das Ehepaar Curie 1898 in der Joachimsthaler Uranpechblende, die man bis dahin für die Herstellung von Farben abgebaut hatte, ein neues Element entdeckte: Radium.

Einige Jahre später wurde mit der Förderung von Uranerzen begonnen, bei welcher Erzeugung in den Jahren 1905 und 1928 je eine radiumhaltige Quelle entdeckt wurde. Diese Quellenfundstellen hatten die Begründung der Badeschichtungen und die Anlage des ausgedehnten Kurviertels der Stadt mit dem imposanten Radiumpalast zur Folge. Die Radioaktivität der Joachimsthaler Heilquellen beträgt durchschnittlich 470 Mache-Einheiten, welche hohe Emanation den Kurort zum drittstärksten Radiumbad der Welt macht. Das Wasser der Quellen wird durch einen etwa 5000 m langen Rohrstrang in die Bäder geleitet.

Nach der Eingliederung des Sudetenlandes ins Reich wurde die alte Verwertungshütte in Joachimsthal, in der seit Aufnahme der Radiumgewinnung im Jahre 1910 über 50 Gramm dieses kostbaren Elements hergestellt worden waren, abgetragen. In Förderung standen während des zweiten Weltkrieges noch drei Gruben: Der Wernerschacht, der Einigkeitsschacht und der Edelkeitsschacht mit etwa 300 Bergleuten, die Nickel-, Kobalt- und Wismuterze förderten, sowie die kostbare, in schwachen Adern bis 500 m tief liegende Pechblende. Diese Erze wurden nun in Berliner Fabriken auf Uran und Radium verarbeitet, wobei die Herstellung von Radium etwa 3 Gramm im Jahr betrug, wofür die damalige Produktion von Roherzen genügte. Nach 1945 ist dann der Abbau der Uranpechblende in Joachimsthal auf Grund der sowjetischen Atomrüstung riesig gesteigert worden und viele zur Zwangsarbeit verurteilte Deutsche mußten hier gesundheitsgefährdende Fronarbeit verrichten.

Aus der Blütezeit der Stadt stammen im Obe-

ren Stadtteil, der den alten Stadtkern bildet, das alte Münzwerk, das altertümliche Rathaus aus dem 16. Jahrhundert mit Renaissance-Portal und achtkantigem Turm und eine Reihe alter Bürgerhäuser aus der Renaissance und Spätgotik. Die 1534—1540 erbaute Dekanatskirche St. Joachim wurde nach dem Brand 1876 wiederaufgebaut. Unter dem westlichen Abhang gegenüber der Kirche ziehen sich weitere, ehemals bedeutende Gebäude der Stadt hin: Dechantei, Kloster und Schule. Besonders sehenswert war im Museum die Lateinschul-Bibliothek mit vielen Inkunabeln, alten Bibeln und Handschriften, Urkunden, Bildern, Münzen, Mineralien und anderen Sammlungen, ferner beherbergte das Museum eine Erzgebirgsstube und eine Egerländer Bauernstube.

Mineraliensammlungen befinden sich auch im Staatlichen Bergamt. An den alten Bergbau erinnert ein Holzgöpel aus dem 17. Jahrhundert. Die Spitalkirche enthält schöne Schnitzwerke, Bilder von Lukas Cranach und andere Kunstwerke. Übriggat wird die alte Bergstadt von den Ruinen des Schlosses Freudenstein, das um 1500 von dem Grafen Schlick erbaut und bewohnt wurde. Vom Schloßturm, der noch gut erhalten ist und eine prächtige Fernsicht ins Egerthal bietet, gab der dort wohnende Stadtwächter ehemals den Bergknappen ein Glockenzeichen zum Ein- und Ausfahren. Außer als Heilbad wurde Joachimsthal als Sommerfrische und Wintersportplatz viel besucht und ist auch heute wieder ein besuchter Kurort in der CSSR.

Alle Kurbetriebe, wie das Badehaus und das Staatliche Radiuminstitut, stehen in dem neuzeitlich angelegten Kurviertel, wo sich auch die meisten Hotels und Fremdenheime der Stadt befinden. An Kurmitteln kamen in der deutschen Zeit zur Anwendung: Radiumbäder (Aktivität I bis II), Radiumthermalbäder, Elektrische Radiumbäder, Inhalation, Radium- und Radontrinkkuren, Radiumbestrahlungen und -punktur. Die Heilanzeigen des Bades bezog sich auf rheumatische Erkrankungen der Muskeln und Gelenke, Gicht, Neuralgien und Neuritiden, Nerven-, Gehirn- und Rückenmarkslähmungen sowie innersekretischer Störungen. Das Wasser der radiumhaltigen Quellen hat eine ständige Temperatur von 28° Celsius.

Die Kurzeit war ganzjährig (Hauptkurzeit 15. 5. bis 31. August). Die Kurabgabe richtete sich nach der jeweiligen Jahreszeit und war in der Winterkurzeit am niedrigsten. Wintersportgäste und Sommerfrischler, die nicht im Kurviertel, sondern im Oberen Stadtteil wohnten, zahlten nur einen Fremdenverkehrsbeitrag. Auch gab es Pauschal-kuren für 21 und 28 Tage. Der Unterhaltung dienten die Kurkonzerte im Kurpark, ferner gab es Tennisplätze und ein Freischwimmbad. Autobus-Verbindungen bestanden nach Schlackenwerth, nach Karlsbad, nach Gottesberg und der Keilbergspitze, nach Weipert und nach Oberwiesenthal.

In den Tabakfabriken von St. Joachimsthal waren vor dem Krieg über 600 Personen beschäftigt, außerdem besaß die alte Bergstadt mit ihren zuletzt (1939) 6588 deutschen Einwohnern Hand-schuh-, Korkwaren-, Seifen- und Kofferfabriken. Die schöne waldrreiche Umgebung der Stadt bietet viele Ausflugsmöglichkeiten, z. B. nach Gottes-gab, auf den Keilberg, Pleißberg, Spitzberg, Plattenberg und nach dem Wallfahrtsort Maria-Sorg. Am Ausgang des Tales, das Joachimsthal in sich schließt, liegt die alte, im 13. Jahrhundert ge-gründete Stadt Schlackenwerth.

Erhard Krause

Hilfsstellen gegen den Vormarsch der Wüste

Die Caritas veranstaltet, unterstützt von der katholischen Männerbewegung, vom 12. bis 19. August eine Aktion für die Katastrophenopfer der Dürre in Afrika. In den Kirchen Österreichs werden Sammlungen abgehalten. Bevölkerung und ausländische Urlaubsgäste werden gebeten, sich an der Hilfe auch dadurch zu beteiligen, indem sie von den Erlagscheinen der in allen Postämtern hängenden Caritas-Erlagscheinbehälter Gebrauch machen. (Vermerk „Dürre“). Sollten Erlagscheine fehlen, so kann auf das Postscheckkonto 7.700.004 oder auf die Konten der diözesanen Caritasstellen eingezahlt werden. Auf ein Postscheckkonto kann auch über die Zahl-scheine der Banken und Sparkassen eingezahlt werden.

Buch- und Offsetdrucker
J. Genstorfer & Co. KG
 4020 Linz-Urfahr, Kreuzstraße 4

Wir drucken für Sie von A bis Z:

Andrucke	Inkassoblocks	Quittungen
Broschüren	Journale	Rechnungen
Checklisten	Kalender	Scheckhefte
Dankkarten	Lichtlisten	Tabellen
Etiketten	Menükarten	Urkunden
Festschriften	Neujahrskarten	Verträge
Geschäftsbriefe	Ordre	Weihnachtskarten
Heiratsanzeigen	Plakate	Zeitschriften

32 3 54

Papst Paul ernennt Administratoren

Papst Paul VI. hat kürzlich drei der vier in der DDR amtierenden bischöflichen Kommissare zu Apostolischen Administratoren ernannt. In den Gebieten, die bisher den Diözesen von Fulda, Paderborn und Osnabrück unterstellt waren, leben etwa 730 000 Katholiken. Die drei Administratoren, die jetzt direkt dem Päpstlichen Stuhl verantwortlich sind, haben ihren Sitz in Erfurt, Magdeburg und Schwerin. Die CDU hat, wie ihr Sprecher Weiskirch mitteilte, die Ernennungen ohne Überraschung zur Kenntnis genommen. Sie respektierte die Tatsache, daß der Vatikan seine Entscheidung erst getroffen habe, nachdem der Grundvertrag in Kraft getreten sei.

Jeschkenhotel

Auf dem 1012 Meter hohen Gipfel des Jeschken wurde kürzlich das neue, 92 Meter hohe Jeschkenhotel eröffnet. Es ist ein Bau aus Beton, Aluminium, Glas und Stahl und verfügt über Restaurant, Büfett, Bar und Hotelzimmer. Der Zylinderbau lockte schon viele Gäste aus dem In- und Ausland an.

373 Fremdenführer in Prag

In Erwartung eines weiteren Anstiegs des Fremdenverkehrs sind in Prag weitere 53 Fremdenführer ausgebildet worden, so daß ihre Gesamtzahl jetzt 373 beträgt. Wie es in der Zeitung „Vecerni Praha“ heißt, rekrutieren sich die Fremdenführer die insgesamt 15 Fremdsprachen beherrschten, vor allem aus Studenten, Rentnern und Hausfrauen.

Preise

Die tschechoslowakische Presse, die sich in den vergangenen Monaten über das steigende Preisniveau in der Bundesrepublik mokierte, nicht zugleich aber auch über die Lohnanhebungen berichtet hatte, mußte jetzt zugestehen, daß auch in der Tschechoslowakei auf vielen Sektoren die Preise davonlaufen.

In einem Interview mit dem Abteilungsleiter des Ministeriums für Technik und Investitionen, Dr. J. Vojtech, zitierten einige Zeitungen, daß z. B. im Bauwesen die Kosten im vergangenen Jahr durchschnittlich um 20 Prozent gestiegen seien und dies Mehrausgaben von insgesamt 5 Mrd. Kronen bedeute. Ein Verwaltungsgebäude im Stadtteil Prag-Vrsovic, das ursprünglich mit 30 Millionen Kronen veranschlagt worden sei, habe sogar im Endergebnis dann mehr als 50 Mio. Kronen gekostet. Diese permanenten Kostenüberschreitungen beeinträchtigen die gesamte Investitionsplanung, zumal die Auftraggeber meist erst während der Durchführung der Bauarbeiten zusätzliche Mittel beantragen.

„Eichendorffs Auseinandersetzung mit seiner Zeit“ — heißt das Thema der nächstjährigen Tagung der Eichendorff-Gesellschaft (26.—28. September 1974 in Regensburg). Das wurde vom Präsidenten der Gesellschaft, Prof. Dr. H. Kunisch, bekanntgegeben. Inzwischen ist auch das Aurora-Jahrbuch 32 erschienen.

Der Stifter-Obelisk am Plöckenstein

Gedenken zum 80. Todesjahr des Schöpfers Jordan Kajetan Markus
 Von Hans Hölzl

Wer je auf den Spuren Adalbert Stifters wanderte, wird auch am Plöckensteiner See gewesen sein und den 15 Meter hohen granitenen Obelisk kennen, der an einem der Lieblingsplätze Stifters steht. Am 23. Juli 1973 waren es 80 Jahre, seit der Friedberger Jordan Kajetan Markus, dem dieser Gedenkobelisk seine Entstehung verdankt, gestorben ist.

In Friedberg, im südlichsten Teil des Böhmerwaldes, den die glitzernde Moldau umflößt und die seit mehreren Jahren zu einem großen Stausee umgebaut wurde, den dunkle Wälder umsäumen, in dem Markt, den Adalbert Stifter so oft besungen und in dem er so gerne gewillt, erblickte J. K. Markus am 22. Jänner 1831 als siebentes Kind eines ehrsamten Bürgers und Lederermeisters das Licht der Welt.

Der Knabe sollte ein Handwerk lernen, war aber dazu nicht zu bewegen. Im Alter von 15 Jahren kam er zum Studium nach Linz, um gleich seinen Brüdern Lehrer zu werden; im Jahre 1847 kehrte er mit einem vorzüglichem Zeugnis zurück.

Seine erste Anstellung erhielt er in dem Dorfe Tweras im Kreis Krummau, in der Nähe seiner Heimat, wo es ihm als Schulgehilfe nicht gut ging. Ein Wunder nur, daß dem 17-jährigen Schulgehilfen bei dem erdrückenden Schul- und Mesnerdienst der damaligen Zeit nicht Geist und Herz verkümmerten. Was gab es anders, als sich in die Tiefen der Natur, der Musik, sich in Bücher zu versenken, woraus ihm so reiche geistige Früchte erwachsen sollten. Sonst war das Leben wechselvoll und hart. Er kam dann nach Friedberg, Deutsch-Reichenau, Altmünster, Schardenberg bei Passau, Maria Brunthal bei Schärding und St. Ägidi bei Engelhartzell. 1856 sehen wir ihn im schönen Kirchdorf im Kremstal, wo er seine schriftstellerische Tätigkeit begann. Im November 1860 kam er nach Baden bei Wien und anschließend in die Hauptstadt selbst. Während seiner Tätigkeit in Wien als Lehrer, Bürgerschul- und Gewerbeschuldirektor schuf Markus Großes für Volk und Schule. Als praktischer Schulmann war Markus bald bekannt. Seine Schriften bedeuteten dem damaligen Schulwesen viel. Seine „Geschichtsnotizen für österreichische Volksschüler“, „Die Geschichte Österreich-Ungarns für Schule und Haus“ wie seine „Geschichtstabellen für Volksschulen“ und andere waren grundlegende Werke. In vielen Vorträgen und Aufsätzen in der Presse wirkte Markus als hervorragender Volksbildner. In vielen in- und ausländischen Zeitungen schilderte er den an Naturschönheiten so reichen Böhmerwald und seine treue, deutsche Bevölkerung. Er schrieb zahlreiche Biographien über berühmte Männer, Böhmerwaldsagen, Lieder und Geschichtsbilder für Schule und Haus und schließlich auch die Geschichte seines Heimatortes Friedberg. Die Tätigkeit in Wien bildet die Glanzzeit seines Wirkens. Der Schutzvereinsgedanke fand in ihm einen ehrlichen Deutschen, einen mannhaften Förderer von Selbstbewußtsein und Opfermut ohne Grenzen. Über allem aber steht die treue Liebe, mit der er für seine Heimat arbeitete. Was er auf dem Gebiete der Heimatkunde geschaffen hat, soll ihm allein schon unser dankbares Gedenken dauernd sichern. Aus seiner Liebe zur Heimat wurde 1869 der „Verein der Deutschen aus dem südlichen Böhmen“ in Wien gegründet, dessen Präsident er wurde. Von ihm ging auch der Antrag zur Errichtung von Denkzeichen für berühmte Männer des südlichen Böhmerwaldes aus, wie z. B. für den Schulmann Joh. Nep. Maxandt, den Musikgelehrten Simon in Friedberg, den gefeierten Arzt und Professor Dr. Johann Oppolzer in Gratzen und den hervorragenden Chemiker Dr. Adolf Pleischl in Hossenreut bei Oberplan.

Markus gebührt auch das Verdienst um die Ausführung des Plöckenstein-Obeliskens. Am 26. August 1877 wurde er an jener Stelle des Böhmerwaldes enthüllt, an der Adalbert Stifter so gerne weilte und wo auch ein Teil seines „Hochwald“ spielt. Markus gab aus diesem Anlaß die Broschüre „Adalbert Stifter“ heraus und hielt bei der Festfeier die Festrede. Den Stifter-Obelisk ließ er auf einen so wundersamen Flecken des Hochwaldes erstehen, wie ihn nur das Herz finden konnte, das den „Hochwald“ betete und den Herzschlag des Waldes empfunden hatte.

Am 18. Juli 1893 tuhr Jordan Kajetan Markus mit seiner Familie zum Ferienaufenthalt nach Mauthausen, wo er einen kleinen Besitz hatte. Am zweiten Tag seines dortigen Aufenthaltes aber machte ein Gehirnschlag seinem reichen Leben ein Ende. Gedenktafeln wurden in Friedberg und Mauthausen errichtet und die Reichshauptstadt Wien zeichnete ihn durch die Verleihung des Bürgerrechtes aus.

STUDIO 11

Bodenbeläge
 Vorhänge
 Kunstböden

Markisen
 Jalousetten
 Rolläden

Delenz Ing. Th. Nedelko

Klagenfurt, 8.-Mai-Straße 11, Tel. 83 0 87

Holzmesse in Klagenfurt

Die 22. Österreichische Holzmesse 1973 die vom 11. — 19. August in Klagenfurt stattfindet, wird wiederum eine große Zahl repräsentativer Veranstaltungen und Sonderausstellungen zeigen und damit neuerdings ihre internationale Bedeutung für die Holzwirtschaft dokumentieren. Das Messe-Sägewerk wird völlig neu aufgebaut, um dadurch den Maschinengruppen Sägewerk und Transport mehr Gewicht zu geben. Nicht nur das Sägewerk wird völlig neu sein, auch außerhalb der Messesäge soll durch Anfügung eines Arbeitsplatzes demonstriert werden, so vor allem das Ablängen, Kappen und Ausformen. In der Messetischlerei werden ausschließlich spezielle Arbeitsgänge vorgeführt, so daß hier

eine Kombination zwischen Messeinformation und eine Art Lehrschau entsteht. Wie erstmals durchgeführte Erhebungen im Vorjahre ergaben, ist der Anteil an ausländischen Besuchern un-gemein stark: 30 Prozent der Fachbesucher der Holzmesse 1972 kamen aus dem Ausland. Aber auch sämtliche österreichischen Bundesländer waren unter den Besuchern vertreten. Für das Symposium unter dem Titel „Rascher, besser und billiger Aufforsten“ werden zwar in erster Linie Fachleute erwartet, doch wurde das Thema so gestellt, daß auch andere Kreise angesprochen werden, vor allen Straßenbauer und Landschafts-gestalter.

OHM 73 OHM 73 OHM 73 OHM 73 OHM 73 OHM 73

22. Österreichische Holzmesse - Klagenfurter Messe

vom 11. bis 19. August 1973

1600 Aussteller aus 30 Staaten. — Eine Messe, die auch für Sie interessant ist.

GROSSER VERGNÜGUNGSPARK
 ab 9. August 1973, 18 Uhr

OHM 73 OHM 73 OHM 73 OHM 73 OHM 73 OHM 73

Feuerwehr-Artistik in Brünn geboten

„In Estereich is Cholera!“ — Schwierigkeiten an der Grenze

Von den V. Internationalen Feuerwehrwettkämpfen in Brünn berichtet Hans Gilbert Müller, Linz

Die V. Internationalen Feuerwehrwettkämpfe in Brünn fanden zumindest für die Österreicher unter dem Zeichen der Maul- und Klauenseuche statt. Um die Infektionsgefahr zu drosseln, drosselte man auch die Einreisebewilligungen. Selbst Dipl. Ing. W., dem Chef einer Linzer Werksfeuerwehr wurde das Einreisevisum verweigert.

Der Grenzübergang in Wullowitz wirkte wie eine Insel des ungestörten Naturfriedens. In den letzten Wochen wurden nämlich nur äußerst selten Grenzübertreter vermerkt. Die tschechischen Behörden schickten alle, die ohne Einladung waren, zurück. Nur lebensnotwendige Güter durften passieren.

Die ersten Worte am tschechischen Grenzposten: „Ihre Einladung, bitte!“ Ich hatte nur ein von der tschechischen Gesandtschaft ausgestelltes Visum, wurde aber nicht zurückgeschickt. „Bitte Händewaschen!“ sagte der Mann in der braunen Uniform und drei Personen, einer davon in einem weißen Mantel, sahen zu, daß ich es gründlich tat. Zum Abtrocknen gab es eine Papierserviette. Nach den üblichen Grenzformalitäten kam ein Soldat, der die Bodenplatte meines Wagens, die Radaufhängung und vor allem die Räder gründlich mit Ätznatron abspülte. Sogar die Fußmatten wurden im Wagenfond (!) abgesprüht, so daß sie glitschig wurden und das Fahren riskant wurde.

Budweis präsentierte sich im alten „Glanz“. Noch immer dieselben Pflastersteine, die den Wagen rumpeln lassen, noch immer die gleichen Fassaden und die gleichen roten oder blauen Trainingsanzüge, in denen die Frauen einkaufen gehen. Frisch geweißte Häuser und Fenster mit Blumenläden sind eine Seltenheit. In den Geschäften wird mit unübersehbarer Nonchalance bedient. Nirgends mehr ein Pinselstrich von den Aufschriften, mit denen man sich 1968 über die russischen Besatzer echauffierte. Rigorose Parkverbote engen den Ruheverkehr ein. Auf dem Stadtplatz von Budweis, einmal der größte in „Groß-Deutschland“, findet man nur mit Mühe eine Parkmöglichkeit.

Die Fahrt von Budweis nach Brünn war kein Vergnügen. Das lag daran, daß sich luftverpestete LKW-Züge die zahlreichen Steigungen hinaufzogen und Überholmanöver wegen der unübersichtlichen Bergstrecken zu riskant waren. Ein einziges Mal war zwischen Budweis und Brünn ein Transparent, das in deutscher Sprache die Teilnehmer an den Feuerwehrwettkämpfen willkommen hieß, über die Straße gespannt. Vereinzelt sah man Autostopper.

Zwischen den Vertretern des Öster. Feuerwehrverbandes waren schon lange vor den Wettkämpfen Verhandlungen über den Ablauf bzw. über die Organisation geführt worden. Dennoch mußte der aus 33 Fahrzeugen bestehende Konvoi der teilnehmenden österreichischen Feuerwehrleute, denen sich auch Feuerwehrmänner aus Frankreich und Südtirol angeschlossen hatten, knapp zwei Stunden warten, ehe sie abgefertigt waren und weiterfahren durften.

Die österreichischen Teilnehmer, die in der Hochschule in Brünn untergebracht waren und für die pro Mann 55 Dollar entrichtet werden mußten, waren voll des Lobes über Unterbringung und Verpflegung. Die Verpflegung war nicht nur gut, sondern auch reichlich. Nur die in stundenlangen Verhandlungen getroffenen Vereinbarungen waren durch einen anderen Organisationsablauf ersetzt worden. Das lag, wie unsere Feuerwehrleute glauben, daran, daß Revirements unter den tschechischen Organisatoren Änderungen in den Zeitplan brachten. Einstimmig wurde auch der Standpunkt vertreten, das man einen engen Kontakt mit den ausländischen Feuerwehrleuten weder suchte

noch wünschte. Zwischen den tschechischen Vertretern und den Ausländern herrschte eine unüberbietbare Höflichkeit.

Allgemein kann festgestellt werden, daß die V. Internationalen Feuerwehrwettkämpfe mit großem Einsatz geplant und durchgeführt worden sind. In Österreich wäre man dazu kaum in der Lage, schon wegen der damit verbundenen Kosten nicht.

Auch das Publikumsinteresse war groß. Beim Empfang der Wettkämpfer akklamierten rund 45.000 Zuschauer die Wettkämpfer, auch die Österreicher. Ausländische Schlachtenbummler waren allerdings selten.

Die V. Feuerwehrwettkämpfe waren mit dem 7. Feuerwehrsymposium verbunden.

Ein Großteil der durchaus namhaften Teilnehmer am Symposium waren im Hotel „International“ untergebracht, dessen Standard kraß mit dem anderer Hotels und Restaurants kontrastierte.

Die bei den Veranstaltungen gelegentlich vermißte Herzlichkeit fand man bei der Bevölkerung. Sie gab bereitwillig Auskunft, wenn man sich nicht zurechtfinden und nutzte so eine Gelegenheit gerne zu einem freundlichen und persönlichen Gespräch, bei dem man politische und wirtschaftliche Probleme peinlich gemieden hat. Von Verwandten in Österreich war oft die Rede, beschränkte sich aber im allgemeinen auf Grüße an Wien bzw. andere Städte, die man in angenehmer Erinnerung hat.

Das von den Tschechischen Feuerwehrleuten gezeigte Leistungs-niveau war ganz außerordentlich. Feuerwehrmänner, die schon früher an internationalen Wettkämpfen teilgenommen hatten, waren über die Leistungssteigerung überrascht. Tschechen und Russen zeigten Wettkämpfe, die als Feuerwehrartistik bezeichnet werden müssen. Dem Verlauten nach wurden die tschechischen und sowjetischen Wettkämpfer durch mehrere Wochen hindurch in Trainingslagern ausgebildet. Die bei der Veranstaltung gezeigten Techniken lassen keinen anderen Schluß zu. Das ändert nichts daran, daß die Wettkämpfe mehr der Natur des Sports als der einer Einsatzübung entsprechen haben. So sind z. B. noch so brillante Übungsleistungen mit Hakenleitern obsolet, weil eben Hakenleitern im Brandeinsatz nur noch ganz selten verwendet werden.

Beim Symposium kam die enorme Bedeutung des entspannten Wassers zur Sprache, mit dem etwa die gleichen Erfolge erzielt werden können als mit Schaumlöschmittel. Allerdings sind die notwendigen Zusätze sehr teuer, so daß die Anwendung beschränkt bleibt. Die sowjetischen Vertreter allerdings behaupteten in der Diskussion, daß 80 % der Brände in der UdSSR bereits mit entspanntem Wasser gelöscht würden. Auch die völlige Integrierung der Frauen in den Feuerwehrdienst kam zur Sprache. Er wurde vor allem von den Oststaaten gefordert, wiewohl z. B. eine tschechische Frau nach dem Gesetz keine Last heben darf, die schwerer als 15 Kilo ist und sich schon daher Einschränkungen ergeben.

Damit die zum Teil recht unternehmungslustigen Feuerwehrleute nicht über die Stränge schlagen, wurden, ähnlich der ehemals internationalen Militärpolizei, Feuerwehrstreifen gebildet, die aus Feuerwehrmännern der 17 teilnehmenden Nationen zusammengesetzt waren und die vor allem während der Nacht für Ordnung sorgten.

Soweit uns bekannt ist, kam es während der Wettkämpfe zu keinem Zwischenfall. Die österreichischen Teilnehmer waren durchwegs froh, wieder gesund und ohne Anstände heim zu kommen. Der nächste Grenzübergang war allerdings gesperrt. Auf die Frage warum, sagte eine Tankwartin zum Berichterstatter: „In Estreich is Cholera!“

24. Großtreffen der Böhmerwäldler

Trotz der vielen Treffen der sudetendeutschen Volksgruppe und der Böhmerwaldorganisationen (Sudetendeutscher Tag in München, Bundestreffen der heimatreuen Böhmerwäldler in Passau) war das 24. Großtreffen der Böhmerwäldler in Linz ein voller Erfolg.

Schon der Begrüßungsabend am Samstag, 4. August, zeigte die ungebrochene Verbundenheit der Landsleute, die aus allen Bundesländern Österreichs und in großer Anzahl auch aus der Bundesrepublik Deutschland angereist kamen.

Verbandsobmann Hager konnte mit besonderer Freude die Vertreter des Magistrats Linz, Herrn Vizebürgermeister Samhaber und Herrn Dipl.-Ing. Komm.-Rat Stadtrat Oberhuber, begrüßen. Vizebürgermeister Samhaber entbot in herzlichen Worten den Willkommensgruß der Stadt Linz und unterstrich die Verbundenheit mit unseren Landsleuten aus dem Böhmerwald.

Ein besonderer Gruß wurde den Landsleuten aus Südafrika, Texas und den Traditions Gästen aus Schweden zuteil.

Mit Beifall bedacht wurden auch die zahlreichen Vertreter der Vertriebenenorganisationen aus der Bundesrepublik und aus Österreich zuteil.

Eine besondere Überraschung stellte die Anwesenheit der Waldlergruppe aus Rosenheim

durch den Vortrag eines Adalbert Stifter gewidmeten Liedes verschönt.

Vom Wetter begünstigt, gestaltete sich das Heimattreffen im Linzer Märzenkeller zu einer Dokumentation der Zusammengehörigkeit.

Allgemeine Begeisterung löste der Besuch von Landeshauptmann Dr. Wenzl aus, der den Böhmerwäldlern die Grüße und Wünsche des Landes Oberösterreich überbrachte.

Am späten Nachmittag erfreuten die „Lustigen Mühlviertler“ mit ihren flotten Tanzweisen wieder jung und alt. Damit fand das diesjährige Treffen seinen Abschluß, und die Landsleute verließen Linz mit dem Versprechen, im kommenden Jahr beim 25. Jubiläumstreffen wieder dabei zu sein.

Hilde Hager-Zimmermann Kulturpreisträgerin der Stadt Passau



Am 27. Juli wurde im altherwürdigen Festsaal des Rathauses zu Passau der diesjährige Kulturpreis für Böhmerwäldler ihrer Patentstadt an die aus Rosenthal im Böhmerwald stammende Komponistin Hilde Hager-Zimmermann in feierlichem Rahmen durch den Oberbürgermeister Dr. Brichta überreicht. Der Volksthor der Stadt Passau und der Böhmerwaldjugendchor Baden-Württemberg umrahmten die stilvolle Feier mit Chören der Preisträgerin. Der Oberbürgermeister der Stadt, Dr. Brichta, schilderte den Lebensweg und umriß den künstlerischen Werdegang der Komponistin, rühmte ihr reiches bis nun 850 Lieder und zahlreiche kammermusikalische Werke umfassendes künstlerisches Schaffen und schloß mit den Worten: „Durch Ihre Lieder und Instrumentalwerke haben Sie Ihren Landsleuten und allen Freunden der ernsten Musik ein erhabenes Geschenk gemacht.“ Die Preisträgerin dankte und überreichte dem Oberbürgermeister einen der Stadt Passau gewidmeten Liederzyklus „Nächtliches Passau“, dessen Textdichter der in Passau geborene Leiter der Regensburger Schriftstellergruppe E. L. Biberger ist. Von den zahlreich erschienenen Festgästen wurde die Komponistin mit Beifall und vielen Blumen überschüttet.

Im Zentrum der Stadt das moderne Schuhhaus mit der ältesten Tradition:

GROHAR

Klagenfurt, Neuer Platz.

dar, die unter Leitung von Landsmann Haidler den Begrüßungsabend musikalisch einleitete. Die in Linz noch nicht gehörten Böhmerwaldlieder wurden begeistert aufgenommen.

Die spielfreudigen „Mühlviertler Buam“ brachten die tanzfreudigen Teilnehmer bald in frohe Stimmung, die bis nach Mitternacht anhielt.

Am Sonntag, 5. August, fand in der Minoritenkirche, Klosterstraße, der Festgottesdienst statt. Unser Landsmann und Vorstandsmitglied des Verbandes Prof. Dr. Kindermann würdigte in seiner Festansprache die Bedeutung des Treffens und fand Worte der Anerkennung für die Gesamthaltung der Böhmerwäldler nach der Vertreibung. Diese Tage in Linz bedeuten für uns Freude des Wiedersehens und Zusammentreffens nach oft sehr langen Zeiträumen, Schmerz und Trauer um die verlorene Heimat und die Opfer der Vertreibung, Hoffnung und Zuversicht für die Zukunft.

Ein besonderes Erlebnis war die in Linz zum erstmalig vorgetragene Waldler-Messe unserer Freunde aus Rosenheim. Die hervorragende Akustik der Minoritenkirche brachte den Klang dieser besonderen Gestaltung zur vollen Geltung. Nach der Festmesse erfolgte die Ehrung unseres großen Heimatsohnes Adalbert Stifter. Nach der Kranzniederlegung durch die Verbandsleitung gedachte Landsmann Schebesta der Opfer der Vertreibung und rief zum Festhalten an Volks- und Brauchtum auf. Auch diese Feier wurde von der Waldlergruppe aus Rosenheim

Auflösung des Hauptausschusses der Flüchtlinge und Ausgewiesenen in Bayern

Der seit 1946 bestehende Hauptausschuß der Flüchtlinge und Ausgewiesenen in Bayern wird Ende September seine Arbeit einstellen, da für diese Zwecke keine finanziellen Mittel mehr zur Verfügung stehen. Der Hauptausschuß, der als erste Betreuungsstelle für Flüchtlinge geschaffen worden war, hat seither viele Tausende von Vertriebenen und Flüchtlingen in sozialen Angelegenheiten, in Lastenausgleichsfragen, bei der Beschaffung von Unterlagen u. ä. Dingen beraten und hat auf der anderen Seite den zuständigen staatlichen Stellen als Konsultativorgan zur Verfügung gestanden. Der Hauptausschuß stand in den letzten Jahren unter Leitung des ehemaligen CSU-Abgeordneten Leukert.

Kulturtag der Seliger-Gemeinde

Vom 7. bis 9. September 1973 finden in Rothenburg o. T. Kulturtag der Seliger-Gemeinde statt. Vorgesehen sind u. a. eine Tagung der jungen Generation, eine Buchausstellung und ein Vortrag zum Thema „Die Nationalstiftung und das ostdeutsche Kulturgut“. Im Verlauf der Kulturtag soll auch der Wenzel-Jaksch-Preis 1973 verliehen werden.

„Haus Schlesien“

Der Bundesvorstand der Landsmannschaft Schlesien plant den Ankauf eines in Bonn oder in unmittelbarer Umgebung gelegenen Hauses, in dem die Bundesgeschäftsstelle untergebracht, eine permanente schlesische Ausstellung eingerichtet und in dem Tagungen und Versammlungen abgehalten werden sollen. Die Schlesier in der Bundesrepublik sind aufgerufen worden, Bausteine für dieses „Haus Schlesien“ zu zeichnen, das „die Heimat Schlesien in der Bundesrepublik Deutschland“ werden soll.

Eine Gesellschaft für die tschechoslowakische Forschung hat sich in München konstituiert. Verantwortlich für das neue Institut zeichnen die Professoren Bosl, Lobkowicz, Stadtmüller, Slama und Graus sowie der Philosoph Alexej Kusák.

Prof. Dr. Erich Bachmann-München wurde als Nachfolger des verstorbenen Dr. Christian Altgraf Salm zum Vorsitzenden des Adalbert-Stifter-Vereins gewählt.

Durch einen Druckfehler wurde in der letzten Ausgabe der Name des Autors des Beitrages „Erinnerungen an den Kommandanten des IR 74“ falsch wiedergegeben. Der Autor war Helwig Adolph-Auffenberg-Komarow.



Im Stadion von Brünn wurden die V. Internationalen Feuerwehrwettkämpfe abgehalten. Etwa 45.000 Zuschauer spendeten den aus 17 Nationen kommenden Wettkämpfern frenetischen Beifall. Diese Veranstaltung wurde unter großem finanziellen Einsatz durchgeführt. Schlachtenbummler aus dem Westen waren kaum gekommen. Eine Brünnerin in Tracht trug auf dem Ordenskissen die begehrten Auszeichnungen für die siegreichen Mannschaften.

ZAGA

Pelzwarenhandel

Größte Auswahl in Pelzmäntel jeder Art. Modellarbeit aus eigener Erzeugung, wie auch Pelzhüte, Kappen sowie Nerzkrawatten und Velourslamm-Mäntel zu günstigen Preisen. Teilzahlungen möglich.

Sudetendeutsche erhalten Sonderrabatt.

Wien XI, Simmeringer Hauptstraße 68
Tel. 74 25 384

Wien VI, Favoritenstraße 68
Tel. 65 81 31

Kohle, Koks, Braunkohlenbriketts,
Holzbriketts

Teaninger-HOLZ

ELAN-OFENÖL

9021 Klagenfurt, Rudolfsbahngürtel 1
Telephon 85 5 95

Stadtgeschäft: Lidmanskýgasse 49
Telephon 83 8 85

17. Bundestreffen der Ackermann-Gemeinde in Regensburg Hauptaufgabe, die Versöhnung der Völker, bleibt gestellt

Die konkrete Aufgabe der Ackermann-Gemeinde, der Versöhnung der Menschen den Weg zu ebnet, bleibt auch nach Abschluß des deutsch-tschechoslowakischen Abkommens weiter bestehen — dies erklärte bei der Eröffnung des 17. Bundestreffens der Ackermann-Gemeinde in Regensburg deren Bundesvorsitzender, der Präsident der Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit, **Stingl**.

Das Bundestreffen, an dem 700 Frauen und Männer, unter ihnen viel Jugend, teilnahmen, wollte zwei Jubiläen gerecht werden: der Tausendjahrfeier des Bistums Prag und der vor zehn Jahren erlassenen Enzyklika Johannes XXIII. „Pacem in terris“. So stand als Hauptthema über dem ersten Tag „Friede — Sehnsucht und Wirklichkeit“ und über den beiden folgenden Tagen „Tausend Jahre Bistum Prag“. Unter den zahlreichen prominenten Gästen der Tagung befanden sich der Regensburger Diözesanbischof **Graber**, der Bischof von Hildesheim, **Janssen**, dem im Auftrag der deutschen Bischofskonferenz die Betreuung der Heimatvertriebenen obliegt, Staatsminister a. D. **Schütz**, die Staatssekretäre **Vorndran** und **Bauer**, Regierungspräsident **Emmerig**, Oberbürgermeister **Schlichtinger**, Domdekan **Grötsch**, dazu weitere Bundes- und Landtagsabgeordnete.

In seiner Eröffnungsansprache im Abendgottesdienst in der Alten Kapelle am Kornmarkt hatte P. Dr. Paulus Sladek OSA, der Geistliche Beirat der Ackermann-Gemeinde, im Zusammenhang mit der Tausendjahrfeier des Prager Bistums die Frage gestellt, ob das Christentum in diesen tausend Jahren die Probleme des Zusammenlebens der Menschen, vor allem die nationale und soziale Frage, gelöst habe. Das Christentum, so erklärte P. Sladek, ist allerdings kein System zur Lösung von Schwierigkeiten; Kirche und Christentum sind kein Machtapparat, um Gerechtigkeit und Liebe durchzusetzen. Jeder einzelne Mensch muß auf das göttliche Angebot antworten. Es nützt auch nicht, darauf zu verweisen, welche Antwort die Generation vor uns gegeben hat. Hier und heute sind wir aufgefordert, als einzelne wie als Volk.

In seinem Begrüßungswort sprach Diözesanbischof **Graber** von der Liebe und Hochachtung für die heimatsvertriebenen Brüder und erklärte, die schönste Frucht der Tagung wäre Versöhnung der Völker hüben und drüben. Der Bischof von Hildesheim, **Janssen**, hob stark die Verdienste der Ackermann-Gemeinde im Zusammenhang mit der Tausendjahrfeier des Bistums Prag hervor; wer hätte unser aller Interesse sonst an diesem bedeutsamen Jubiläum geweckt, erklärte der Bischof. Staatssekretär **Vorndran** überbrachte die Grüße von Ministerpräsident **Goppel** und der bayerischen Staatsregierung und verwies darauf, daß die Schirmherrschaft Bayerns nicht 1973 ende, daß vielmehr die moralische Stütze

künftig ebenso wichtig sei wie bisher. Oberbürgermeister **Schlichtinger** unterstrich, daß Regensburg Patenstadt der Sudetendeutschen sei, wolle kein leeres Wort sein. Der Sprecher der Sudetendeutschen Landsmannschaft, **Necher**, stellte fest, daß in einer Zeit des Schreckens die Menschheit nur dann zur Besinnung und Ruhe komme, wenn sie zum Glauben zurückfindet.

In seiner politischen Stellungnahme erklärte Präsident **Stingl**, daß die Ackermann-Gemeinde voll zur Stellungnahme des Sudetendeutschen Rates zum deutsch-tschechischen Abkommen stehe und an dieser Stellungnahme auch mitgewirkt habe. Sie wisse allerdings auch die Arbeit der Unterhändler zu würdigen, die darauf verweisen, daß die ursprüngliche tschechische Forderung, die Ungültigkeitserklärung des Münchner Abkommens von Anfang an, nicht im Vertrag steht. Besonders wichtig erscheine allerdings der noch nicht vollzogene Briefwechsel über die humanitären Angelegenheiten. Dieser Briefwechsel dürfe sich keineswegs nur mit einer noch möglichen Aussiedlung befassen, sondern müsse auch das Schicksal der in der Tschechoslowakei verbliebenen und noch verbleibenden Deutschen zum Inhalt haben. Erstmals seien in den Vertrag moralische Begriffe einbezogen worden; bedenklich sei jedoch, daß die Androhung von Gewalt als unmoralisch angeprangert wird, nicht aber die moralische Tat an sich.

In seinem Referat „Pacem in terris — Friede: Sehnsucht und Wirklichkeit“ unterstrich der Regensburger Universitätsprofessor **Kimlinich**, daß sich die Friedensforschung auf drei Ebenen erstreckt: der des einzelnen, auf der Ebene des Staates und auf der Ebene der zwischenstaatlichen Beziehungen. Im Zusammenhang mit den Prinzipien der Souveränität, der Staatengleichheit und des Interventionsverbotes erklärte **Kimlinich**: „Hat ein Volk erst einmal seine Freiheit verloren, kann ihm das Völkerrecht in seiner gewünschten gegenwärtigen Gestalt nicht helfen, seine Freiheit wiederzugewinnen.“ Klar und eindeutig sei deshalb nur eine Meinung, die nicht oft und nicht eindringlich genug wiederholt werden kann: Wer die Freiheit hat, hüte sich, sie zu verlieren!

In einer Podiumsdiskussion zum selben Thema erklärte der Bundestagsabgeordnete Franz Ludwig Graf **Stauffenberg**, die Unterwerfung unter Prinzipien der Unfreiheit und Unmenschlichkeit schaffe keinen Frieden, sie transferiere lediglich den Unfrieden auf die innerstaatliche Ebene.

In seinem Referat „Ketzler, Reformator und Heilige im Spannungsfeld zweier Völker“, mit dem die Thematik der Tausendjahrfeier des Bistums Prag eingeleitet wurde, erklärte der wissenschaftliche Direktor Dr. **Nittner**, daß Dynamik und Dialektik das Grundgesetz des böhmischen Raumes charakterisieren. Dies sei zweifach begründet: In der Spannung einer Brückenstellung zwischen West und Ost, gelegentlich auch zwischen Nord und Süd, sowie in der Kesselstruktur des böhmischen Raumes, jener Eigenart von Geschlossenheit und Offenheit, Bewahrung und Durchlässigkeit, Synthese und Ausstrahlung. Die Menschen des böhmischen Raumes übernahmen nicht nur die geistigen Strömungen von Nachbarn, sie verarbeiteten vielfach diese Elemente zu beachtlichen Sonderformen, wie den Frühhumanismus unter Kaiser Karl IV. oder den böhmischen Barock. Im Rahmen der Forumdiskussion „Tausend Jahre Bistum Prag — was ist geblieben?“ verwies der 60. Abt des tschechischen Klosters Brevnov, **Opasek**, darauf, daß die offizielle Kirche teils zerstört, teils durch scharfe Kontrollen vielfach aktionsunfähig ist. Daneben entfaltet sich das kirchliche Leben vor allem in kleineren Gruppen. Eher optimistisch ergänzte das Bild der junge tschechische Akademiker Dr. **Spielmann**, der Vorsitzende des „Opus bonum“, der berichtete, wie die Wiederbesinnung ursprünglich im Zweiten Weltkrieg Hand in Hand mit der Resistenz gegangen sei, wie schon bald ökumenische Gedanken aufkamen. Auch von der 1945 geborenen Jugend könne man nicht sagen, sie sei überwiegend atheistisch. Für die vertriebenen Deutschen sprach Msgr. Dr. **Reiß**, Sprecher der heimatsvertriebenen Priester der Erzdiözese Prag. Die 1300 aus Böhmen vertriebenen Priester haben in der neuen Heimat ein reiches Arbeitsfeld vorgefunden, in seelsorglicher Hinsicht müsse man auf die Landsleute nur stolz sein. Die Besinnung auf die Heiligen der böhmisch-mährischen Heimat sei intensiv und wertvoll. P. Angelus **Waldstein-Wartenberg** OSB (Ettal) ergänzte diesen Bericht, verwies auf zahlreiche immer wieder sichtbare neue Initiativen, erklärte aber auch, daß die reichen christlichen Kunstdenkmäler in der alten Heimat keineswegs nur einen musealen Wert haben, sondern auch heute noch ein Aufruf zum Nachdenken und zur Auseinandersetzung sind. Einleitend hatte der Moderator der Diskussion, Dr. **Mattausch**, darauf verwiesen, daß es mit Völkern, die aus der Geschichte nicht lernen wollen, geschehe wie mit schlechten Schülern: sie müssen nachsitzen, die Geschichte muß wiederholt werden.

„Wir sind nicht nur dem heiligen Wolfgang dankbar“, erklärte Samstag im Hohen von Regensburg der tschechische Abt **Opasek**, „sondern auch allen unbekannt Missionaren, die schon vorher das Evangelium Jesu Christi nach Böhmen getragen haben.“ Die heutige Stunde im Regensburger Dom sei deshalb so kostbar, weil er keinesfalls nur für sich sprechen wolle, sondern für diejenigen, die zu diesem Jubiläumereignis schweigen müssen. In anderer Zeit würde sicher ein anderer aus Prag sprechen. Es sei nur zu verständlich, daß das Jubiläum eines Ereignisses, das mit dem Namen Christi so eng verbunden ist, wie das des Jahres 1973, nicht nur nicht gefeiert werden darf, sondern verschwiegen werden muß. Typisch sei es, daß alle böhmischen Heiligen, Wenzel, Ludmilla, Adalbert und Johannes von Nepomuk, Märtyrer seien.

In seiner Abteikirche in Rohr verwies am Sonntag der sudetendeutsche Abt **Virgil Kinzl** darauf, daß der Mensch ohne Gott sich einen

neuen Götzen geschaffen hat, den totalen Staat, dem sich alles zu unterwerfen hat. Es zeigt sich, daß dort, wo der Mensch von Gott wegstürzt, jede Menschlichkeit mitgerissen wird. Es entsteht deshalb bei vielen Christen die bange Frage: wird der Glaube oder Unglaube überleben? Es sei kein billiger Zweckoptimismus, wenn man sage, der Glaube wird überleben. Einer der Gründe lautet: Der Unglaube ist der Menschheit eine Antwort schuldig geblieben, wie er nämlich Macht und Freiheit in Einklang bringen will. Er wird diese Antwort so lange schuldig bleiben, als er die Macht dem Menschen allein zuschiebt. Der Glaube sieht Macht und Freiheit im lebendigen Gott verankert, auf ihn zugeordnet, ihm verpflichtet.

In der Podiumsdiskussion „Berichte und Kommentare über Synode 72“, die P. Dr. Paul Sladek OSA moderierte, stand ein wichtiges Teilproblem, das die Allgemeinheit besonders bewegt, im Vordergrund: die Gestaltung des Sonntagsgottesdienstes. Einleitend hatten die Teilnehmer der Podiumsdiskussion kurz über ihr Wirken in der Synode und über die Arbeitsweise der Synode referiert. Ministerialdirektor Dr. von **Hoffmann** unterstrich die gute Arbeit der Kommissionen, aus denen echte Arbeitsgemeinschaften entstanden sind, verwies allerdings auch auf die Schwierigkeiten im Plenum. Weihbischof Dr. **Kindermann** verwies darauf, daß große Konzile naturgemäß Unruhe auslösen, auch bei der Synode sei manches noch zu wenig durchgearbeitet, viele Mitglieder sind überfordert. Insgesamt müsse man mehr Geduld aufbringen. Präsident **Stingl**, auch Mitglied der Zentralkommission, informierte über die Fülle der an die Synode herangetragenen Probleme, deren Themen nun auf 17 zusammengefaßt seien. Er bezweifelte, ob auch diese bis zum Jahre 1975 verabschiedet werden können. Interessant war sein Vergleich des Wirkens der Synode mit parlamentarischen Körperschaften. Der Regensburger Generalvikar **Morgenschweis** verdolmetschte seine Sorge, daß die gemeinsame Synode eine einsame Synode werden könne, abgerissen von der Basis. Letztlich aber dokumentierte er seinen Optimismus und erklärte, die Kirche lebe nicht von der Struktur, sondern von dem Geist, der lebendig ist, und von der Offenheit, mit der sie Initiativen entgegenzutreten hatte.

Im Schlußreferat des Bundeskongresses der Ackermann-Gemeinde befaßte sich Univ.-Prof. Dr. **Rabas** mit der Kirche in Ost- und Mitteleuropa am Beispiel der Kirche in der Tschechoslowakei. Er verwies auf die Doppelgesichtigkeit der römischen Kirche, ihre fränkische Grundlegung und die gemüthalt-nationale Verlebendigung der christlichen Gläubigkeit durch das Werk der beiden Slawenlehrer Cyrill und Method, womit eine Öffnung zum slawischen Osten aufgetan blieb. Rabas verfolgte den Weg bis in unsere Gegenwart. Das 19. Jahrhundert brachte gerade für die tschechischen Katholiken den Zwiespaß zwischen religiösem Glauben und nationalem Fühlen, und in die Freude über die 1918 erlangene Eigenstaatlichkeit der tschechischen Katholiken mischte sich sehr bald die Bedrohung der Kirche im neuen Staat. Die Entwicklung der letzten Jahre hat gezeigt, daß es nirgendwo in Ostmitteleuropa — wahrscheinlich auch in Ungarn nicht — gelungen sei, die Kirche der politischen Führung des Landes auszuliefern und sie dennoch aus dem gesellschaftlichen Rahmen des Staates und des Volkes herauszudrängen, wie gerade in der CSSR. Dr. Harry Slapnicka

Wien Bund der Nordböhmern

Unser erster Heimabend nach den Ferien findet am 3. Samstag, dem 15. September, um 16.30 Uhr in der Gaststätte „Zu den drei Haken“ statt.

Viele Heimatfreunde verlieren durch Teilnahmslosigkeit an Heimabenden und Nichtbeachtung von amtlichen Verlautbarungen in den Zeitungen und jeweiligen Fachblättern oftmals ihre zustehenden Rechte.

So möchten wir u. a. auf die unter bestimmten Voraussetzungen gegebene Möglichkeit der Befreiung von ORF-Gebühren, auf Zuerkennung von Zuschlägen auf die Alterspension bei teilweiser Nebenbeschäftigung, weiters auf die neuerliche Ermäßigungssaktion der ÖBB für Senioren, aber auch auf die Meldevorschriften für Pensionisten, die sich nachteilig erweisen könnten, und auf die Bestimmungen von Hinterbliebenen von ehemaligen Pensionsbeziehern hinweisen.

Allen Heimatfreunden sei auf die „Rundfahrt modernes Wien 1973“ aufmerksam gemacht. Von Montag bis Donnerstag jeweils Abfahrt um 13.30 Uhr vom Rathaus, Friedrich-Schmidt-Platz. Preis S 20.—. Fahrtdauer ca. 3 Stunden. Es werden die wichtigsten Bauvorhaben mit teilweiser Besichtigung in den jeweiligen Bezirken Wiens unter Führung und Besprechung einer Begleitperson besucht. Nur die Fahrt nach Laxenburg wegen des Filmmuseums kostet S 28.—. Jeden Freitag U-Bahn-Führung am Karlsplatz (Baukanzlei Resselplatz). Beginn 14 Uhr, Teilnahme kostenlos. N.

Erzgebirge

Über Einladung der Erzgebirger Heimatgruppe „Anton Günther“ in Waldkraiburg/Obb., bei der wir im Jahre 1963 Fahnenpaten waren, zu ihrer fünfzehnjährigen Bestandsfeier mit Einweihung einer Anton-Günther-Gedächtnisstätte führen über Beschluß des Ausschusses als offizielle Vertreter unseres Bundes Obm.-Stv. Dir. Oskar Winkler, seine Gattin und Kassier Hergert nach Waldkraiburg. Erfreulicherweise schlossen sich auch unser Mitglied Ldm. Steffi Langer samt Sohn und Braut an, so daß unser Bund bei diesen Feiern mit sechs Personen vertreten war. Die Begrüßung nach der Ankunft am Freitag, dem 29. Juni, erfolgte in herzlicher Weise und bei jeder Gelegenheit betonte man die Freude und Genugtuung, daß unser Bund der Einladung Folge geleistet hat. Zu den Feiern, zu denen Heimatgruppen aus der gesamten Bundesrepublik Deutschland gekommen waren, nahmen auch die Tochter Anton Günthers, Frau Major samt

Gatten aus Frankfurt, und der Sohn Erwin Günther aus Ölbarnau, Sachsen DDR, teil. Der 1. Vorsitzende Steinmüller, der zweite Vorsitzende Wesp und ganz besonders Kassier Kellwirth bemühten sich all die Tage hindurch in entgegenkommendster Weise, um den Aufenthalt so angenehm wie möglich zu machen. Die Feiern waren großzügig vorbereitet und durchgeführt. Am Freitag wurde ein Festabend mit schönen Darbietungen abgehalten. Am Samstag folgte eine Stadtrundfahrt unter der Führung von Stadträten, welche die Entstehung und das Wachsen Waldkraiburgs in anschaulicher Weise vor Augen führten. Man kann nur staunen, was der Fleiß und die Tatkraft unserer Landsleute geleistet hat. Waldkraiburg, die moderne Industriestadt im Grünen, mit derzeit über 19.000 Einwohner, wird zu 80 % von Heimatvertriebenen bewohnt, die diese Stadt aus dem Nichts geschaffen haben. Nach der Stadtrundfahrt fand eine feierliche Totenehrung im idyllisch gelegenen Waldfriedhof vor dem Ehrenmal statt und abends dann im dichtbesetzten Zappe-Saal ein wunderschöner Heimatabend mit Vorführungen der Trachtengruppen und Musikkapellen. Den Höhepunkt der Feiern bildete aber ein am Sonntag, dem 1. Juli vormittag abgehaltene Feldmesse vor dem Musikpavillon im Stadtpark mit anschließender Entfaltung und Einweihung der Anton-Günther-Gedächtnisstätte. Bei der Feldmesse hielt Doktor Franz Ott aus Rhodau, derzeit in Würzburg, eine zündende, wirklich zu Herzen gehende Ansprache, von der die in Massen erschienenen Heimatvertriebenen tief ergriffen waren. Diese Rede wurde von Ldm. Gedlich aus Berlin auf Tonband aufgenommen, der uns die Zusage gab, uns eine Kopie dieses Tonbandes zukommen zu lassen. Die Einweihung der Gedächtnisstätte nahm auch Doktor Ott vor.

Nach einem gemeinsamen Mittagessen formierte sich dann der Festzug, der mit den Trachtengruppen und zwei Musikkapellen farbenprächtig und schön war. Danach begann im Zappeaal die Schlußkundgebung mit Überreichung der Erinnerungsbänder an die teilnehmenden Heimatgruppen. Obm.-Stv. Dir. Winkler konnte für unseren Bund ein solches Erinnerungsband in Empfang nehmen, das er bei unserer ersten monatlichen Zusammenkunft nach dem Urlaub am 1. September unseren Landsleuten übergeben wird. Obm.-Stv. Winkler dankte in einer kurzen Ansprache für die Einladung, würdigte die Bemühungen und die großzügige Durchführung der Feiern und gab der Hoffnung Ausdruck, daß die etwas locker gewordene Verbindung unserer beiden Heimatgruppen durch den Besuch in Waldkraiburg wieder inniger und intensiver wird. Er benützte die Gelegenheit, auf unseren Heimattag am 22./23. 9. in Wien und Klosterneuburg aufmerksam zu machen. Anschließend übergaben Ldm. Anni Winkler und Ldm. Hergert als Festgabe das von unserem Bund anlässlich des 15jährigen Bestandes der Erzgebirger Heimatgruppe „Anton Günther“ in Waldkraiburg gestiftete Fahnenband. Nach diesem Festakt blieben alle Landsleute bei Musik und Gesang noch lange beisammen, wobei natürlich viele Heimateinnerungen ausgetauscht wurden. Wie an vorhergehenden Tagen war Obmann-Stellvertreter Winkler und seine Frau Anni auch bei der abschließenden Festveranstaltung mit der Tochter und dem Sohn Anton Günther beisammen, welche die Zusage gaben, auch zu uns nach Wien zu kommen, um in unserer Mitte mit unseren Landsleuten einige heimatisch gemütliche Stunden zu verbringen. Obm.-Stv. Winkler hat von dem Sohn Anton Günthers, Erwin Günther, einige Grußworte an die Landsleute unseres Bundes erhalten, die er bei unserer monatlichen Zusammenkunft am 1. September verlesen wird.

Freudenthal

Lm. Hans Nitsch, Obmann-Stellvertreter der Heimatgruppe Freudenthal in Wien, kann am 5. September 1973 bei bester Gesundheit und in voller Rüstigkeit seinen 65. Geburtstag feiern. Lm. Hans Nitsch, welcher als Abteilungsleiter bei der Niederösterreichischen Gebietskrankenkasse tätig war, kann sich nun schon seit einiger Zeit seines wohlverdienten Ruhestandes erfreuen. Seine nie erlahmende Schaffenskraft läßt ihm zu keinen Ausrufen kommen, wo er heute noch u. a. bei der Gewerkschaft der Privat-Angestellten in Mödling, von der Josef Seliger-Gemeinde in Wien in den Flüchtlingsbeirat als Beirat für Heimatvertriebene entsandt und bei der Heimatgruppe Freudenthal in Wien schon viele Jahre als Obmann-Stellvertreter tätig ist und sein Wirken und sein selbstloses Schaffen auch vielseitig Dank und Anerkennung gefunden hat. Seine Arbeit, seine Tätigkeit und seine Verdienste um unsere sudetendeutsche Heimat wurden in letzter Zeit besonders gewürdigt. So wurde Lm. Hans Nitsch im Jahre 1971 für sein verdienstvolles Wirken als Beisitzer des Beirates für Flüchtlingsfragen beim Bundesministerium in Wien mit dem von Herrn Bundespräsidenten verliehenen Silbernen Verdienstzeichens für Verdienste um die Republik Österreich ausgezeichnet und am 13. Jänner 1973 wurde Lm. Hans Nitsch für seine ersprießliche Tätigkeit im Sinne unserer sudetendeutschen Heimat das Goldene Ehrenzeichen der Sudetendeutschen Landsmannschaft überreicht. Durch seine Aufgeschlossenheit und sein freundliches Wesen kann er sich allseits allgemeiner Beliebtheit erfreuen und durch seine rege Tätigkeit in der Heimatgruppe fühlt sich Lm. Hans Nitsch mit seinen Freudenthaler Landsleuten auf das Engste verbunden. Die Heimatgruppe Freudenthal und alle Landsleute nehmen daher diese Gelegenheit zum Anlaß, um Lm. Hans Nitsch zu seinem 65. Wiegenfeste herzlichst zu gratulieren und übermitteln ihm heute schon die besten Glückwünsche auf seinem weiteren Lebenswege.

Im Rahmen unseres Heimattreffens am 9. September 1973 in Gumpoldskirchen findet am Nachmittag anlässlich des 65. Geburtstages von unserem Obm.-Stv. Lm. Hans Nitsch eine kleine Ehrung durch die Heimatgruppe Freudenthal

Der Weg zur neuen Bauknecht-Komplett-Küche führt zu

ElektroGruefeld

WIL. MARIAHILFERSTR. 88A KREMS, RINGSTR. 12
III. AEZ ST. PÖLTEN, LINZERSTR. 17
V. MATZLEINSDORFERPLATZ TRAISEN, MARIAZELLER STR. 59

Besuchen Sie unsere grossen
Küchenausstellungen!

Unsere
Küchenplaner
erwarten Sie.

Bauknecht

Bericht der Lastenausgleichsbank

Anlässlich der am 13. Juli stattgefundenen Hauptversammlung hat die Lastenausgleichsbank in der Bundesrepublik für das Geschäftsjahr 1972 einen Jahresbericht vorgelegt, aus dem zu entnehmen ist, daß im vergangenen Jahr bei einem Gesamtgeschäftsvolumen von nahezu 10 Mrd. DM der Anteil des Eigengeschäftes bereits 59% erreicht hat. Im vergangenen Jahr hatte die Lastenausgleichsbank, die immer noch nach einem neuen Namen sucht, vom Bund neue Aufgaben übertragen erhalten, so z. B. die Beschaffung von Kapitalmarktmitteln zur Krankenhausfinanzierung, die Finanzierung von Anlagen zur Abfallbeseitigung aus ERP-Mitteln, ein Kreditprogramm für kleinere und mittlere Binnenschiffahrtsunternehmen usw. Andererseits vergrößerte die Bank 1972 auch ihr Kreditangebot in den traditionellen Programmen durch den Einsatz zusätzlicher, die ERP-Kontingente ergänzenden Mittel.

Entsprechend ihren ursprünglichen Aufgaben hat die Bank im vergangenen Jahr im Rahmen spezieller Programme mit 51,7 Mio. DM wieder die wirtschaftliche Eingliederung der vom Krieg und seinen Folgen betroffenen Personen gefördert. Einen Schwerpunkt der Kreditgewährung stellte vor allem das Existenzgründungsprogramm dar, für das im vergangenen Jahr ohne Beschränkung auf Vertriebene und Geflüchtete 69,7 Mio. DM zugesagt worden sind. Weitere Mittel wurden für Existenzgründung von Nachwuchskräften, für Betriebsrichtungen in neuen Wohnsiedlungen, für die Modernisierung von Binnenschiffen und Investitionen zum Umweltschutz bereitgestellt. Darüber hinaus übernahm die Bank wieder Bürgschaften und Zinszuschüsse für Angehörige freier Berufe in Gesamthöhe von 355 Mio. DM. Die bedeutendste Position aber war nach wie vor die im Auftrag des Bundesausgleichsamtes durchgeführte Verwaltung der Aufbaudarlehen. Am 31. 12. 1972 verwaltete die Bank 811.000 Aufbaudarlehen, die am Stichtag noch mit 3,8 Mrd. DM in Anspruch genommen worden waren. Im Berichtsjahr selbst standen Neuauszahlungen von 12.700 Eingliederungsdarlehen mit 100 Mio DM Abgängen von 19.600 Darlehen mit 311 Mio. DM gegenüber. Auch bei den unbaren Erfüllungen von Hauptentschädigungen hat die Bank wieder mitgewirkt. Im Berichtsjahr sind 27.600 Umwandlungsfälle bearbeitet worden, wobei durch Voll- oder Teilumwandlungen der Darlehensbestand um 24 Mio. DM zurückgeführt werden konnte. Die Bank führt darüber hinaus das zentrale Datenverarbeitungsverfahren zur Berechnung und Weiterleitung der Kriegsschadensrente durch, an das fast alle Ausgleichsämter im Bundesgebiet mit 310.000 Rentenanfällen angeschlossen sind. Im Berichtsjahr sind insgesamt jedoch 3,1 Mio. Rentenauszahlungen mit 893 Mio. DM vorgenommen und 586.000 Renten aufgrund von zwei Rentenanpassungen neu berechnet worden. Wie es in dem Bericht abschließend heißt, beschäftigt die Lastenausgleichsbank z. Zt. 553 Mitarbeiter; um 34 weniger als im vorangegangenen Jahr.

thal statt, wozu an alle Heimatfreunde und Landsleute die herzliche Einladung ergeht.

Mährisch-Schönberg

Im Ferienmonat Juli führen wir hinaus nach Stammersdorf zu Lm. Willy Urban. Es hat sich gelohnt, einen wunderschönen Sommernachmittag und -abend verbringen wir in angenehmer Gesellschaft im neu angelegten Garten unter Pergola, bei einem gerebelten Bisamberger Tropfen, gegrillten Hendin und Stelzen. Die Stimmung war sogleich vorhanden und steigerte sich noch, als am Abend die Lämpchen bei den Tischen aufleuchteten und sich der Springbrunnen in verschiedenen Farben stolz präsentierte.

Den nächsten Ausflug wollen wir am 12. August mit der Schnellbahn nach Lang-Enzersdorf zu Lm. Willy Zalla, Gasthaus „Roderich“, unternehmen. Dort erwarten uns ebenso feine Brat- und Backheidel sowie ein guter Tropfen. Wir hoffen, daß sich viele Landsleute und Gäste zu diesem gemütlichen Stelldeich einfinden. — Wir stellen richtig, daß Herr Rudolf Mondl, 1232 Wien-Inzersdorf, Futterknechtgasse 92, seinen 83. Geburtstag — nicht wie irrträumlich 93. — begehen konnte. Ferner beglückwünschen wir noch folgende Geburtstagskinder: Hofrat Franz Kupka, 8. August, 88 Jahre (2340 Mödling, Lowatschekgasse 48); Marianne Prinz, 16. Juli, 83 Jahre (1210 Wien, Skraupgasse 11, Stiege 48, Tür 4); Maria Janisch, 8. August, 80 Jahre (1050 Wien, Diehlgasse 7/14); Karl Vöth, 14. August, 80 Jahre (1030 Wien, Dietrichgasse 31/25); Karl Schön, 15. August, 80 Jahre (1160 Wien, Hasnerstraße Nr. 54/II/13); Karl Gianl, 28. August, 80 Jahre (3400 Klosterneuburg, Nikoleihofgasse 6).

Am 23. Juni starb Herr Rudolf Bartl im 93. Lebensjahr. Er war die letzten Jahre bei seinem Sohn, Rudolf Bartl, Studiendirektor in Augsburg, Auerbergweg 9 c und wurde in Augsburg zur letzten Ruhe gebettet. Am 20. Juli starb nach langem, schwerem Leiden Frau Paula Heider geb. Ohnmacht. Sie wurde am 27. Juli auf dem Wiener Zentralfriedhof beerdigt. Aufrichtige Anteilnahme gilt ihrem Neffen Edmund Wolf und Gattin, 2391 Kaltenleutgeben, Carlgasse 14.

Am 9. September treffen wir uns wieder in unserem Stammlokal, Gasthaus „Zu den drei Hackeln“, Wien 8, Piaristengasse 50.

Teplitz-Schönau

Baumeister Josef Punzl zur Zeit seiner gewaltsamen Austreibung aus Teplitz Schönau in 1120 Wien, Erlgasse 42/4/14, seßhaft, feierte am 20. d. M. seinen 92. Geburtstag, wozu wir ihm auf das herzlichste gratulieren. Hr. Punzl war in seiner angestammten Heimat eine bekannte Persönlichkeit. Er schaffte durch sein Baugeschäft in Wisternschan und des Zweiggeschäftes in Türnitz-Aussig in vielen Bereichen Erfolgreiches und war trotz seiner wenigen Zeit im Vereinsleben mit Rat und Tat tätig. Trotz seines Alters fühlt sich Hr. Baumeister Punzl den Verhältnissen entsprechend wohl und läßt alle lieben Freunde und Bekannten auf das herzlichste grüßen.

Oberösterreich

Böhmerwälder in OÖ.

Am 13. Juli 1973 wurde unser Lm. Emil Luft am Waldfriedhof St. Martin zu Grabe getragen. Zahlreiche Einheimische und Böhmerwälder aus Nah und Fern gaben dem überall hochgeachteten und sehr beliebten Landsmann das Ehrengelicht. Der ehemalige Kaufmann, Holzwarenerzeuger, Drechsler und Sägewerksbesitzer hat sich auch nach der Vertreibung wieder durchgesetzt und hat sich ein ansehnliches Wohnhaus mit Geschäftsräumen geschaffen. Im landsmännischen Leben war Lm. Luft ein gernsehener Gast, weil er ja immer mit Musik und Humor Schwung in die Veranstaltung brachte. Wo es um die Erhaltung von Volks- und Brauchtum ging, war der Verstorbene stets zur Stelle. Scherzertanz usw. Für den Verband der Böhmerwälder sprach der Landesorganisationsreferent, Lm. Schebesta, am offenen Grabe Dankesworte. Der Sprecher schilderte den Lebensweg des Verstorbenen besonders bezugnehmend auf die pflichtbewußte Mitarbeit im Rahmen der Volksgruppe. Lm. Peters dankte dem Verewigten im Namen der Nachkriegs-Hilfsorganisation und der Obmann des Rentner- und Pensionistenbundes hielt dem verstorbenen Obmann einen besonders netten Nachruf.

Wir gratulieren zum Geburtstag im Monat August: Maria Pichler, geb. 20. 8. 1894 in Meitschlag, wohnhaft Linz, Rheinstr. 8; Ludwig Schönbauer, geb. 17. 8. 1895 in Lambach, wohnhaft Linz, Glimpfingerstr. 64; Gustav Witschek, geb. 29. 8. 1895 in Schwarzhof, wohnhaft in Traun, Müller-Guttenbrunnstr.; Theresia Schauer, geb. 22. 8. 1896 in Gollnitschlag, wohnhaft in Linz, Hatschekstr. 28; Josef Rienesl, geb. 24. 8. 1896 in D. Reichenau, wohnhaft Pasching, Langholzfeld 72; Major a. D. Karl Seehars, geb. 4. 8. 1897 in Freiheit, wohnhaft Linz, Dauphinestr. 209; Dipl. Ing. Hans Streer, geb. 22. 8. 1898, in Dauba, wohnhaft Linz, am Bindermühl 52; Albine Wollner, geb. 18. 8. 1899 in Eggtschlag, wohnhaft Neukirchen, Vöckla Biber 10; Karl Grimm, geb. 3. 8. 1900 in Kaplitz, wohnhaft Pasching, Resselstr. 3; Ludwig Kröpl, geb. 18. 8. 1903 in Gillowitz, wohnhaft Salzburg, Schwarzenberg Promenade 18; Gertrude Patry, geb. 20. 8. 1908 in Budweis, wohnhaft Urfahr, Leonfeldnerstr. 24b; Harry Wright, geb. 11. 8. 1908 in Riga, wohnhaft Traun, Weidfeldstr. 36; Hilde Peturing, geb. 8. 8. 1913 in Oberplan.

Enns-Neugablonz

Gesundheit, Glück und Wohlergehen wünschen wir allen unseren Geburtstagskindern, und unseren Altersjubilaren viele geruhsame zufriedene Jahre, besonders Frau Ella Müller aus Gablonz, Gutenbergstraße 12, in Enns, Neugablonz 18, zum 81. Geburtstag am 19. August. — Samstag, den 21. Juli verstarb nach kurzem Leiden unsere alleits verehrte Landsmännin Sybilla Kretschmann, Gattin des im Juni 1967 verstorbenen Lm. Richard Kretschmann, Glaswarenerzeuger aus Johannesberg in Enns, Neugablonz 28, im 79. Lebensjahre. Eine große Trauergemeinde geleitete sie Mittwoch, den 25. Juli, um 16 Uhr nach Abhaltung der Seelenmesse in der Stadtpfarrkirche Enns-St. Laurenz zur letzten Ruhestätte. Unser aufrichtigstes Beileid gilt der trauernden Familie sowie allen Anverwandten.

Kirchberg-Thening

Am 2. August d. J. wurde der langjährige Obmann der SLO, Gruppe Kirchberg-Thening, Lm. Adolf Unger, in der Pfarrkirche zu Kirchberg feierlich eingesegnet und am dortigen Friedhof begraben. Der Verstorbene war in der alten Heimat Mitzmanns Landwirt. Nach einem Verkehrsunfall am 14. Juni d. J. war er sechs Wochen bewußtlos. Lm. Unger stand im 80. Lebensjahr. Am offenen Grab sprach Lm. Karl

Schebesta Worte des Dankes und der Anerkennung für den stets bescheidenen aber immer pflichtbewußten Landsmann.

Steyr

Unter Leitung des Vergnügungswartes Landsmann Klein haben wir am 4. Juli unseren diesjährigen Ausflug nach Chiemsee angetreten. Um größeren Verkehrsbehinderungen zu entgegen, wurde ein Wochentag gewählt, der zusätzlich vom Wettergott begünstigt war. Nach Ankunft in Felden/Chiemsee traten wir gleich die Überfahrt zur Herreninsel an. Der Weg vom Landplatz zum Königsschloß wurde nach Wahl zu Fuß oder in der Pferdetramway zurückgelegt. Obwohl einige Landsleute das Prunkschloß des Bayernkönigs Ludwig II. aus früheren Besuchen kannten, bringt eine nochmalige Besichtigung wiederum Sehenswertes der künstlerischen Nachgestaltung von Räumen des Schlosses zu Versailles. Das Schloß sollte ein Denkmal für Ludwig XIV. sein. Das Mittagessen in Prien, etwas später als zu gewohnter Zeit eingenommen, entschädigte durch Güte die Verspätung. Gegen 16 Uhr ging es wieder heimwärts über Mondsee, wo wir zur Kaffeejause haltmachten. Der Ausflug, der bereits um 20 Uhr beendet wurde, hat alle Landsleute voll befriedigt und bleibt somit in bester Erinnerung. Das Sommerlager unserer SDJÖ in Kürnberg konnte leider nicht, wie beabsichtigt, besucht werden, da zu dieser Zeit mehrere Landsleute in Urlaub waren und das ständige Schlechtwetter eine Vorausbestellung des Autobusses fraglich machte. Einen Kurzbesuch von vier Landsleuten ermöglichte unser Kulturwart Lm. Fischer mit seinem Pkw. Mit dem Monatsabend am 1. September, 19 Uhr, „Schwechater Hof“, beenden wir die Sommerpause. Wir laden alle Landsleute herzlichst zum Besuche dieses Abends ein. — Lm. Oskar John, Gleink, spendete für die Bezirksgruppe S 200.—, wofür wir bestens danken!

Südmähr in Linz

Geburtstage: Am 7. August 85 Jahre: Lm. Laurenz Schmid aus Znaim, Linz, Muldenstr. 3b; am 11. August 77 Jahre: Lm. Anton Leuchtenmüller aus Znaim, 4300 St. Valentin, Hauptstr. 41; am 12. August 80 Jahre: Lm. Maria Bauer aus Albern, Kreis Neu-Bistritz, 4050 Traun, Josef-Ressel-Straße 25; am 14. August 74 Jahre Lm. Maria Neubauer aus Probitz, 4045 Linz-Dornach, Mannheimstraße 6/4; am 21. August 70 Jahre: Lm. Gustl Balzer aus Zlabings, Linz, Scharitzerstraße 24 B; am 23. August 65 Jahre: Lm. Maria Knaus aus Joslowitz, Linz, Kärntnerstraße 6; am 23. August 70 Jahre: Lm. Ludwig Kramer aus Lundenburg, in Linz, Winningerstr. 6; am 27. 8. 70 Jahre: Lm. M. V. Dr. Walther Wieder, Tierarzt, aus Znaim, Wels, Maria-Theresien-Straße 32 A. Herzliche Glückwünsche allen Jubilaren!

Wels

Die Sudetendeutsche Landsmannschaft Bezirksstelle Wels unternimmt am Sonntag den 9. September 1973 per Autobus eine Fahrt auf den Bärnstein. Zustiegmöglichkeiten in Grieskirchen, Bad Schallernbach und Eferding. Anmeldungen zu dieser Fahrt können jeden Dienstag auf der Dienststelle, Wels, Freyung 4 oder schriftlich bis Dienstag den 28. August erfolgen. Für Mitglieder und deren Frauen entstehen keine Fahrtkosten. Abfahrt 8 Uhr früh vom Kaiser Josef Platz Wels.

Geburtstage: Am 17. August 73 Jahre: Magdalena Fuger aus Traismauer, wohnhaft in Neumarkt; 20. August 86 Jahre: Michael Ernst aus Grün, wohnhaft in Wels, Rößgerstraße 1; am 25. August 77 Jahre: Josefina Schabotka aus Neustift, wohnhaft in Wels, Joh. Straußstraße 27; am 30. August 77 Jahre: Marie Resch aus Krummau, wohnhaft in Wels, Königseckerstraße 1; am 31. August 81 Jahre: Marie Pospischil aus Znaim, wohnhaft in Wels, Stifterstraße 26. Wir wünschen allen Geburtstagsjubilaren Gesundheit und Wohlergehen. Wegen Urlaub entfallen die Sprechstunden auf der Dienststelle am Dienstag den 7. August und Dienstag den 4. September. Infolge der Autobusfahrt am 9. September entfällt der Landsmannschaftsabend am 7. September 1973.



Salzburg

Von einem unerbittlichen Geschick wurde unser Landsmann und Ausschußmitglied Johann Fraunberger betroffen. Am 27. Juni starb seine Gattin Martha, geb. Schneider aus Rausenbruck bei Znaim, im 72. Lebensjahr, und am 8. Juli sein 69jähriger Bruder Fritz, der aus Baden bei Wien zum Begräbnis seiner Schwägerin kam und noch vor seiner Rückreise plötzlich starb. Auch an dieser Stelle sei unserem Lm. Fraunberger, seinem Sohn und seiner Schwägerin, das tiefempfundene Beileid unseres Landesverbandes ausgesprochen. Nach einem erfüllten Leben ist Professor Ernst Wilhelm Kubina, akademischer Bildhauer, am 20. Juli völlig unerwartet im 72. Lebensjahr gestorben. Eine seiner künstlerischen Schöpfungen ist das Sudetendeutsche Ehrenmal auf unserem Kommunalfriedhof. — Am 18. Juli starb nach längerem Krankenlager unser treues Mitglied, Lm. Carl Witt, Exporteur, aus Neustadt a. T. Den Hinterbliebenen wendet sich unsere aufrichtige Anteilnahme zu. — In Straßwalchen verschied im 77. Lebensjahr unser Mitglied Marie Hähnel. Gott schenke ihr die ewige Ruhe! — Unseren Mitgliedern, die in den nächsten Wochen ihren Geburtstag feiern, wünschen wir für das kommende Lebensjahr Gesundheit und Zufriedenheit, so vorerst: Unserem verehrten Herrn Landesobmann Lm. Dr. med. Walther Schindler, und unseren rührigen Ausschußmitgliedern Margarethe Lukas und Johann Fraunberger, dem wir auch trostreiche Tage wünschen. Weiters den Jubilaren: Amsrat I. R. Anton Dlaske (88), Karl Czaika (87), Claudia Hermann in Zell a. S. (85), Maria Dresel (75) u. Maria Dörner (70), auch weiters unseren Landsleuten: Helene Apeltauer, Maria Ascherl, Maria Binder, Johann Czap in Schwarzach, Maria Feltl, Wilhelm Fischer, Josef Gantschartschik, Dipl.-Ing. Karl Grögler; Dr. Walter Haas in Oberndorf, Grete Heinz in Zell a. S./Schütteldorf, Consulnt DDr. Ing. Adolf Lenhardt, Maria Pohl, Hermine Schindler, Emma Scholze, Maria Seibt, Dipl.-Ing. Rudolf Wagner u. Gattin Hildegard, Erika v. Zdiradow in St. Gilgen und Rudolf Zimprich in Zell a. S.

Sonstige Verbände

Dachverband d. Südmährer in Österreich

Kl. Schweinbarth. Alt-Bürgermeister Robert Schanner hatte die Kl. Schweinbarther Jäger und eine Abordnung des Dachverbandes der Südmährer für den 7. Juli zu einer Besprechung eingeladen. Sein Vorschlag, auf der Südseite des Kreuzbergs — über dem großen ehemaligen Steinbruch, jetzt Parkplatz — eine Hubertuskapelle zu errichten, fand begeisterte Zustimmung.

Sofort wurde mit Hilfe zweier Bagger mit dem Planieren begonnen. Die Kapelle soll im nächsten Jahr geweiht werden. Auf der Nordseite des Kreuzbergs steht das Südmährerkreuz. Vor diesem Denkmal der Vertriebenen fand am 7. Juli 1963 — also vor genau zehn Jahren — das erste Treffen der Südmährer statt. Seit dieser Zeit versammeln sich hier die Südmährer alljährlich zu ihren gewaltigen Kundgebungen. Darüber hinaus besuchen vor allem im Sommer und im Herbst viele Südmährer, aber auch Einheimische, den Kreuzberg, von dem man bei schönem Wetter eine herrliche Fernsicht hat. — Die Südmährer planen, den Kreuzberg weiter auszubauen.



Bundesjugendführung

Vom 14. bis 22. Juli 1973 trafen wir uns zum Sommerlager in Kürnberg, Gemeinde St. Peter/Au in Niederösterreich. Die Unterbringung erfolgte in Zelten bzw. im Gasthof Sommer, wo wir auch das ausgezeichnet zubereitete Essen einnahmen. Von dieser Stelle aus sei auch Herrn Sommer für sein Entgegenkommen bestens gedankt! Über 30 Kinder sowie das Aufsichtspersonal reisten diesmal aus Oberösterreich, Niederösterreich, Wien und Salzburg an. Während der ersten Tage schien die Sonne heiß vom Himmel herab, am Mittwoch gab es ein Gewitter, und am Wochenende regnete es in Strömen. Doch das hielt uns nicht auf, unsere gute Stimmung war nicht zu brechen. Am Dienstag vormittag waren wir bei einer Werksführung in den Steyr-Werken, wo wir vor allem Lastwagen und Traktoren sahen. Dazu wird weiters bemerkt, daß uns ein Werksbus von Kürnberg nach Steyr und wieder zurück brachte! Am Nachmittag gingen wir in das moderne Bad in Steyr. Einmal besuchten uns auch Landsleute von der Bezirksgruppe Steyr. Auch ein Geländespiel wurde durchgeführt und es galt, mehrere Fische zu jagen. Selbstverständlich stand auch ein Wandertag am Programm. Diese Wanderung führte uns von Kürnberg hinunter nach St. Peter, wo wir den lieblichen Ort besichtigten und wiederum über schöne Waldwege zurück nach Kürnberg, welches in 705 m Seehöhe liegt. Der Sport kam nicht zu kurz. Neben dem täglichen Morgensport führten wir zwei Fußballspiele gegen die Jugend von Kürnberg durch, welche wir aber verloren. Da half auch kein Daumendrücken und kein Schreien der Mädchen! In Kürnberg befindet sich auch eine Aussichtswarte, von der man einen weiten Ausblick ins Alpenvorland genießen kann, was wir uns nicht entgehen ließen. Einmal waren wir zu Gast beim Lagerfeuer der katholischen Jugend aus Kürnberg und auch umgekehrt. Am Freitag abend fand das Abschluslagerfeuer statt. Wir brieten Würste und bähten Brot, dazu gab es Getränke. Es fand die Siegerehrung für den stattgefundenen Quiz statt, bei welchem Fragen aus Erste Hilfe, Natur und Lager sowie über Allgemeinwissen (Europa, Österreich und Sudetenland) zu beantworten waren. Klaus leitete am Samstag vormittag das Morgensingen, welches wirklich gut klang. Am letzten Abend, dem Samstag, fanden wir uns zu lustigen Hüttenspielen zusammen. Und am Sonntag war es dann wieder so weit, das Ende war angekommen. All die Sachen wurden eingepackt und die Unterkunft sauber gemacht. Die Kinder verabschiedeten sich und fuhren heim. Eine schöne Woche war wieder vorbei, und alles ist glatt gelaufen. Den Kindern war wieder ein Stück Romantik und eine gute Gemeinschaft geboten worden. Unser Dank gilt der Lagerleitung: Erhart und Ingrid Richter, sowie dem Lagerhelfer Reinhold Zahorka. Erwähnt muß noch werden, daß die einheimische Bevölkerung, vor allem die Jugendlichen, ausgesprochen nett und hilfsbereit waren. Jeder Wunsch wurde uns erfüllt und überall war man zuvorkommend!

Hier die Quiz-Ergebnisse (jeweils die ersten drei): Über 12 Jahre: 1. Renate Zahorka, Linz, 126 Punkte; 2. Renate Lorenz, Freistadt, 120; 3. Sigrid Roitner, Alkoven, 116. Unter 12 Jahre: 1. Gunhild Roitner, Alkoven, 80 Punkte; 2. Werner Lorenz Freistadt, 76,5; 3. Ulrike Kalteis, Kematen, 76.

Daß dieses Sommerlager so gut verlaufen war, verdanken wir den großzügigen Geldspenden der SLO-Gruppen, verschiedenen Landsleuten und namhaften Sachspenden österreichischer Firmen.

Hier die Liste: a) Geldspenden (Stand 31. Juli 1973): SLO-Bezirksgruppe Freistadt 350.—, Bruna Wien 100.—, Erzgebirge Wien 900.—, Bezirksgruppe Köflach 150.—, Riesengebirge Linz 300.—, Bezirksgruppe Bruck/Mur 100.—, Bezirksgruppe Baden 100.—, Landesverband Kärnten 200.—, Bezirksgruppe Klagenfurt 100.—, Adlergebirge Wien 300.—, Bezirksgruppe Enns 300.—, Bezirksgruppe Braunau 300.—, Bezirksgruppe Steyr 500.—, Landesverband Steiermark 100.—, Bezirksgruppe Stockerau 50.—, Landesverband Tirol 100.—, Bezirksgruppe Schärding 100.—, Landesverband Salzburg 100.—, Landskron Wien 200.—, Böhmerwaldbund Wien 100.—, Eghalanda GmOI Linz 100.—; b) Sachspenden: Firma Oetker, König & Comp., Nahrungsmittel; Firma Eduard Haas, Nahrungsmittel; Firma Nestle Ges. m. b. H., Nes-

Erscheinungstermine 1973

- Folge 17, am 7. September: Einsendeschluß am 3. September.
Folge 18, am 21. September: Einsendeschluß am 17. September.
Folge 19, am 5. Oktober: Einsendeschluß am 2. Oktober.
Folge 20, am 19. Oktober: Einsendeschluß am 15. Oktober.
Folge 21, am 2. November: Einsendeschluß am 28. Oktober.
Folge 22, am 16. November: Einsendeschluß am 12. November.

Steiermark

Bruck an der Mur

Am 24. Juli feierte unser verehrter Bezirksobmann, Dipl.-Ing. Karl Mader, seinen 75. Geburtstag. Zahlreiche Landsleute bedachten ihn an diesem Tag mit Glückwünschen. Vertreter des Ausschusses beglückwünschten ihn persönlich und überbrachten eine Stärkung, damit er weiter so frisch und gesund noch viele Jahre in unserer Mitte weile.

Die JUGEND berichtet

Jugendredaktion 1160 Wien Effingergasse 20

quick; Firma Fein Ges. m. b. H., Schartner O. K.; Firma Knorr, Suppen, Dextropur; Firma Doktor Zach, Feldbacher Zwieback, Soletti; Firma Wander Ges. m. b. H., Ovomaltine, Schokovo; Firma Teekanne Ges. m. b. H., Hagebuttenteef; Firma Rajsigl, Schokoladen; Firma A. Ruhdorfer, Suppeninlagen; Firma Kunerol, Bona-Ol. Auf diesem Wege danken wir allen Spendern für ihre Großzügigkeit. Ohne ihre Hilfe hätte das Sommerlager nicht so einen Erfolg gehabt. Gedankt wird aber auch noch jenen Landsleuten und Gruppierungen, von denen die Spenden erst später einlaufen! Nochmals besten Dank!

Kommende Veranstaltungen

22./23. September 1973: Sudetendeutscher Heimattag in Wien und Klosterneuburg! Dort soll auch die Jugend in verstärktem Maße aufscheinen, nehmen daher auch Sie Ihre Kinder und vor allem die Jugendlichen mit! Für sie wird wieder bestens gesorgt werden. Im Rahmen dieses großen Heimattages findet am Samstag, dem 22. 9. 1973, um 20 Uhr ein Jugendabend für Jugendliche ab 15 Jahren im Jugendzentrum, Wien 1, Mölkersteig 5 (gegenüber der Universität) statt. Komm auch Du und bring Deine Freunde mit! Eltern, schickt Eure Kinder zu diesem Abend! 14. Oktober 1973: 3. Rätselsternfahrt der SDJÖ: Wieder werden wir auf große Fahrt gehen und die einzelnen Etappen durchmachen! Es gibt viele schöne Preise zu gewinnen, doch sind vorher einige leichte und auch schwere Fragen zu beantworten. Es wird bestimmt wieder recht lustig werden. Anmeldungen werden schon jetzt entgegengenommen! 2. bis 4. November 1973: Kongreß junger Sudetendeutscher in Wien! In der letzten Nummer der Sudetenpost erschien unter der „Landesgruppe Wien“ das Programm! Sie werden es hoffentlich gefunden haben und Sie wissen dann auch warum es geht! Es soll ein Treffpunkt für junge Sudetendeutsche zwischen 16 und zirka 50 Jahren werden! Darum kommen auch Sie nach Wien! Fordern Sie bei der Jugendredaktion die Unterlagen über den Kongreß sofort an! 26. 12. 1973 bis 1. 1. 1974: Weihnachts- und Neujahrsschiller der SDJÖ in Hohen- tauern/Trieben, Edelrautehütte, in der Steiermark. Es stehen nur mehr geheizte Lager zur Verfügung! Die Hütte hat auch Duschen. Die Pensionspreise sind sehr niedrig! Bitte um sofortige Voranmeldung.

Landesgruppe Wien

Der Heimabend geht über die Sommermonate weiter! Darum sollen auch im Sommer alle Jugendlichen zu uns kommen: Wir spielen Tischtennis und gehen baden oder treiben sonst irgend etwas Lustiges! Das ist doch auch was für Dich und Deine Freunde! Wir treffen uns jeden Mittwoch ab 20 Uhr im Heim in Wien 17, Weidmangasse 9! Am 2. September 1973 findet in Krems im Rahmen des Internationalen Trachtenfestes ein Trachtenfestzug statt, an dem wir uns auch beteiligen wollen. Treffpunkt ist in Krems um 14 Uhr. Bezüglich der Abfahrt komme man in den Heimabend! Die Fahrtkosten werden ersetzt! Darum sollte da jeder mitmachen, damit auch die Sudetendeutschen repräsentativ vertreten sind! Bitte gleich vormerken — mitmachen — und in den Heimabend kommen, bezüglich der Abfahrt!

GESUCHT

wird von Fr. Maria Thiel ihr Bruder Ing. Josef Thiel, geboren am 29. Juli 1899 mit seiner Frau Maria geb. Schwarzer, und seinen Töchtern Elisabeth und Christine. Die Familie hat 1939 in Zautka, Kreis Hohenstadt, gewohnt und wurde 1945 von Mährisch Schönberg aus vertrieben. Die Familie soll angeblich in Österreich wohnen.

Um Hinweise bittet die „Heimatortskartei für Sudetendeutsche“ in D-8400, Regensburg, Bahnhofstraße 15. Die „Sudetenpost“ übernimmt die Weiterleitung.

KRANZABLÖSE

Auf das Grab von Leopold Krasser: Verein der Neutischener in Wien S 500.—. Auf das Grab von Carl Witt: SLO Landesverband Salzburg S 100.—. Herr Adolf Hübel, Linz, Waldeggr. 95 spendete für die Sudetenpost S 100.—

Sudetenpost

4010 Linz, Postfach 405, Obere Donaulände 7, Fernruf 27 3 69. Eigentümer, Herausgeber und Verleger: Sudetendeutscher Presseverein (Obmann Ing. Alted Rügen). Verantwortlich für den Inhalt: Gustav Putz, alle in Linz, Obere Donaulände 7 — Druck: Drucker- und Zeitungshaus J. Wimmer Ges. m. b. H. & Co., Linz, Promenade 23. Die Zeitung erscheint zweimal monatlich. Bezugspreis einschließlich Mehrwertsteuer vierteljährlich S 15.—, halbjährlich S 29.—, jährlich S 57.—, im Ausland S 80.—. Der Bezugspreis wird entweder durch die Post kassiert oder durch Erlagscheine eingehoben (Postsparkassenkonto 773493, Bankkonto bei der Allgemeinen Sparkasse Linz 0000-028135). Anzeigenannahme Linz, Obere Donaulände 7. Entgeltliche Einschaltungen im Textteil sind mit PR gekennzeichnet.

Mäntel aller Art im Mantel-Fachgeschäft V. Tarmann, Klagenfurt, Völkermärker Straße 16, Tel. 85 2 76. Handstrickwolle, stets in besten Qualitäten, SPERDIN, Klagenfurt, Paradiesergasse 3.

Realitätenbüro TREBELNIG Wohnungen in ... Betriebe Inh. Ludmilla Zuchnig, Klagenfurt, 8.-L.-1.-Straße 2/1, Ecke Benediktinerplatz, Tel. 848 23



Wir möchten, daß Ihnen wohl ist in Ihren vier Wänden. Darum beraten wir Sie individuell und wohnungsgerecht. Sie finden bei uns eine umfassende Auswahl an Einrichtungsgegenständen: Möbel, Vorhänge, Teppiche und Beleuchtungskörper bester Qualität zu vernünftigen Preisen.



Linz, Salzburger Straße 205, Tel. 80 4 22